

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 R. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2,50 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 R.,
unter Eingeladn 6 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehunglisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzspalten auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 262

Donnerstag, 10. November

1921

Das Reparationsproblem.

Zum sächsischen Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921.

Von Ministerialdirektor Dr. Gebick.

Die Schwierigkeiten, die Deutschland mit der
Bezahlung der nächsten Rate der Reparationsschul-
den, sind auch weiteren Vertragsgegnern bekannt.
Es fehlt ihnen aber an gutem Willen, um den
eigentlichen Gründen unseres Finanzleids nach-
zugehen. Sie behaupten einfach — und beson-
ders tun das die „Times“ und der „Figaro“, die
sich ja beide stets durch ihre Deutschfeindschaft
auszeichnen —, daß Deutschland zwar die
Mittel, aber nicht den Willen habe, seine Ver-
pflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen.
Den Anfang dieses neuen Zeitungsfeldzuges gegen
uns machte das Londoner Blatt, das damit offen-
bar einer Anregung vom Quai d'Orsay her folgt.
Alle Mittel, die zu dem Ziele führen, und zu
schadigen und, wenn möglich, zu vernichten, sind
der französischen Diplomatie gerade recht. Die
Verantwortung für diesen Bestrebungssturm aber
sucht man in Paris auf Deutschland abzuwälzen.
Man spricht der Welt nicht ein, daß es nur die
französische Gewaltpolitik ist, die letzten Endes
Deutschland an der vollen Erfüllung seiner Wieder-
entwässerungsverpflichtungen hindert, man gibt sich
vielmehr den Anschein, als ob Deutschland der
verderbteste Schuldner der Welt sei, das sich seinen
Verpflichtungen dadurch zu entziehen gebe, daß
es auf den möglichst schnellsten Bankrott seiner
eigenen Wirtschaft hinwirke. Man kann es heute in
allen französischen und englischen Blättern lesen,
daß die deutsche Zahlungsunfähigkeit eine absichtliche
Politik der deutschen Regierung sei. Man macht
den Vorwurf, daß sie die erforderlichen Anstrengungen zur
Vermeidung des Zusammenbruchs unterlasse;
sie überlasse nicht den Rückfluß der Kapitalien
ins Ausland, vergrößere unaufrichtig die Zahl
der Beamten, erhöhe die Gehälter und lege
große Kapitalien für Ausgaben im Innern des
Landes und außerhalb der Landesgrenzen fest.
Von deutscher Seite ist oft genug, freilich ganz erfolg-
los, gegen diese unfernigen Schlussfolgerungen an-
gekämpft worden.

Wir haben bereits gestern mitgeteilt, daß
heute abend die Mitglieder der Reparationskom-
mission in Berlin eintreffen werden, um mit den
zuständigen deutschen Stellen Besprechungen ab-
zuhalten. Wie weit der Kreis der Gegenstände gezogen
werden wird, über den in der Kommission gesprochen
werden wird, ist im voraus nicht festzustellen. Ohne
Zweifel wird aber die Frage, wie die nächst-
folgenden deutschen Reparationsleistungen, vor allem
die am 15. Januar n. J. fällige erste Rate von
500 Mill. Goldmark und die am 15. Februar
n. J. fällige variable Rate aufgebracht werden
können, von der Kommission selbst in den Kreis
der Erörterungen gezogen werden. Auf deutscher
Seite steht der Kommission als verhandlungsfähige
Behörde reffermäßig das Reichsfinanz-
ministerium gegenüber.

Der „Tempo“ veröffentlicht die Namen der
Mitglieder der Reparationskommission, die sich
nach Berlin begeben haben. Es sind dies: für
Frankreich Vorsitzender Dubois, Generalsekretär
Aron, Direktor der Finanzabteilung Minotto,
Sekretär des Vorsitzenden Chappell; für England:
Sir John Bradbury, zweiter Delegierter Kom-
mandeur Cool, Generalsekretär Mac Sweeney; für die
Vereinigten Staaten von Amerika: Boy-
den, zweiter Delegierter Longhan, Generalsekretär
Bate; für Italien: Salvago Maggi, zweiter
Delegierter d'Ameglio; für Belgien: Delacroix,
zweiter Delegierter Gemenans.

Daß Deutschland trotz all der Räte, in denen
es sich befindet, alles zu tun gedenkt, um aus
seiner kritischen Situation herauszukommen, ist von
seinen leitenden Staatsmännern wiederholt in
allem Ernst und mit allem Nachdruck versichert
worden, und als ein Zeichen für seinen politischen
Eifer muß es gewertet werden, daß sich die
Industrie in ihrer beruflichen Vertretung auf
neue durch die Resolution, die sie gefaßt hat, der
Reichsregierung zur Hilfe bei der Lösung des
Reparationsproblems zur Verfügung gestellt hat.
Es muß sich aus den in kürzester Zeit feststehen-
den Aussprachen zwischen Industrie und Bankwelt
einerseits und der Reichsregierung andererseits ergeben,
an welche Formen der Kreditbeschaffung die Industrie

zunehmend denkt. Die von einem Teil der Öffent-
lichkeit geäußerte Ansicht, daß die Beschlüsse der
Industrie eine Abgabe oder ein Verschleppungs-
mandat seien, entbehren jeder Begründung. Ge-
rade die Tatsache, daß alle verantwortlichen,
politisch und wirtschaftlich denkenden Kreise Deutsch-
lands davon überzeugt sind, daß wir an einem
entscheidenden und kritischen Punkte unserer Ent-
wicklung angekommen sind, läßt, wie schwer auch
die gegenwärtigen wirtschaftlichen Umstände auf
uns lasten, die Hoffnung zu, daß es dem Opfer-
willen des deutschen Volkes gelingen wird, in den
nächsten Wochen zu einer positiven Lösung der
Reparationsfrage und der mit ihr zusammen-
hängenden Probleme zu kommen.

In Zusammenhang damit mag auf die Vor-
schläge hingewiesen sein, die der ehemalige italie-
nische Ministerpräsident Ritti in einem von ihm
verfaßten, in den nächsten Tagen erscheinenden
Buche, dem er den Titel „Das friedliche Europa“
gegeben hat, macht, soweit sie sich mit dem Re-
parationsproblem befassen. Es sind die folgenden:

1. Abschaffung der Entschädigungskommission
und Abänderung der Artikel 5 und 10 des Wäster-
bandpakt, unter Zulassung aller besiegten Mächte.
Die Vollmachten der Kommission gehen mit ange-
messenen Abänderungen auf den Wästerband über.
2. Revision der Verträge. Ohne Gewalt und
ohne die gegenwärtig geltenden Verträge mit
einem Male zu zerbrechen, muß man zu ihrer
Revision schreiten. Die durch den Wästerband
vorgesehene Revision kann durch den Wäster-
band selbst bewirkt werden, nachdem er in gewissen
grundlegenden Punkten abgeändert worden ist.
3. Aufrechterhaltung aller Entwaffnungs-
verpflichtungen für Deutschland und die besiegten
Länder und militärische Garantie für Frankreich
von Seiten Englands und Italiens.
4. Freigabe der interalliierten Schulden
und der von Deutschland und den besiegten
Ländern geschuldeten Entschädigungen.

Indem man, so erklärt Ritti weiter, alle Be-
satzungstruppen zurückzieht, die mehr als 25 Mil-
liarden Mark jährlich kosten und infolge der Ent-
wertung der Mark leicht das Doppelte kosten
und infolgedessen alle Kräfte Deutschlands auf-
zehren können, und indem man auf alle mög-
lichen und unmöglichen Kontrollmaßnahmen ver-
zichtet, kann man dazu kommen, Deutschland mit
einer Entschädigung zu belegen, die der Gegen-
wert von 60 Milliarden Franken oder Lire zu-
pariert ist und in Goldmark unter folgenden Be-
dingungen zahlbar ist:

- a) 20 Milliarden werden als schon ab-
gegolten betrachtet durch alles das, was Deutsch-
land abgetreten hat, und es hat auf Grund des
Vertrages weit mehr abgetreten —: Kolonien,
Organisationen im Ausland, Kredite, Handels-
flotte, Unterjochel usw.
- b) 20 Milliarden, die Deutschland den Siegern
in natura, besonders in Kohle, nach den bereits
festgesetzten Anteilen zu leisten hätte. Deutsch-
land muß für Frankreich noch während 10 Jahre
eine Kohlenmenge liefern, die wenigstens
dem Unterschied zwischen der jährlichen Vor-
kriegserzeugung der Bergwerke des Norddeparte-
ments und des Pas de Calais und ihrer Jahres-
erzeugung während dieser 10 Jahre gleichkommt.
Deutschland muß Italien, das nach den großen
Verlusten, die es erlitten hat, nicht in der Lage
ist, in großem Umfange Kohlenexporte zu er-
zeugen, eine Kohlenmenge liefern, die wenigstens
drei Viertel der durch den Vertrag von Ver-
sailles festgesetzten Menge gleichkommt. Deutsch-
land kann dazu gezwungen werden, den Alliierten
während 10 Jahre als Abschlagszahlung auf ihre
Forderungen 500 Mill. Goldmark jährlich zu
zahlen, die durch ein Verrecht auf die Zollein-
nahmen gesichert sind.
- c) 20 Milliarden werden von Deutschland
nach Bezahlung der Schulden der unter b) ge-
nannten Art als Anteil an der Rückzahlung über-
nommen, welche den Ländern zu leisten ist, die
den kriegführenden Staaten der Entente Kredite
bewilligt haben: Vereinigte Staaten von Amerika,
Großbritannien, und im beschränkteren Maße
Frankreich.

Von Interesse ist auch die englische Auffassung.
Sie kommt in dem Berichte zum Ausdruck, den

der Vorsitzende der britischen Delegation in der
Reparationskommission, Sir John Bradbury, dem
Londoner auswärtigen Amte über das Wäster-
bänder Abkommen erstattet hat. Es heißt darin:
Das Abkommen würde bedeuten, daß Deutsch-
land zu den ihm von der Reparations-
kommission unter dem Friedensvertrag auf-
erlegten Lasten noch eine neue übernommen habe.
Es sei bemerkenswert, daß Deutschland jetzt aus
freien Stücken bereit sei, die neue Last zu über-
nehmen. Die Lasten bleibe jedoch bestehen,
daß der potentielle Umfang der hierzu in Ver-
trag kommenden Lasten so groß sei, daß es
unmöglich sei, anzunehmen, daß sie ohne
Schaden für die Erfüllung der Verpflichtungen
durch den Zahlungsplan auferlegten Verpflichtungen
ertragen werden könnten. Wenn einigermassen
ertragbar werden könnten, daß die
Verpflichtungen unter dem Zahlungsplan auf-
rechterhalten werden können, so würde es nicht
unvernünftig sein, Frankreich den vollen Vorteil
der Beschleunigung in der Bezahlung seiner
Reparationsanteile zu gestatten. Die Verpflich-
tungen des Zahlungsplanes seien jedoch erst
am letzten Mai festgelegt worden und stellen
damals nach Ansicht der Reparationskommission
und der Alliierten die Höhe dar, die
Deutschland nach den vorliegenden Angaben zu
tragen in der Lage sei. Nach der Bezahlung
der ersten Rate von einer Billion Goldmark
sei eine harte Entwertung der Mark eingetreten,
und die Arbeiten des Garantienausschusses hätten
noch nicht einen Punkt erreicht, wo die Beza-
hlung der übrigen Raten selbst für das laufende
Reparationsjahr als gesichert angesehen werden
könnte. Die Folgen des Abkommens würden
sein, daß während eines sehr beträchtlichen Zei-
traumes eine Änderung zugunsten Frankreichs
und zum Nachteil anderer Alliierten in der Be-
teilung der verbleibenden Reparationsanteile
zwischen den Alliierten erfolgt. Wenn die
anderen alliierten Mächte nicht bereit seien, die
mit Frankreich beschlossenen Verträge zu über-
nehmen und die interalliierten Verbindungen
betreffend Prioritäten und die Verteilung der
Reparationsanteile abzuändern, so seien
weitere Bürgerkriege erforderlich. Die Bür-
gschaften, die von Bradbury und seinen italie-
nischen Kollegen in der Re-
parationskommission vorgeschlagen worden seien,
bestehen 1. daß eine Zeitgrenze festgesetzt werde,
nach deren Ablauf keine neue Aufhebung des
Zweckes gestattet sein solle, und daß die Ab-
tragung der bestehenden angelegenen Schulden
durch regelmäßige Raten begonnen werden
sollte. Dieser Zeitraum solle bestimmt werden
nach der Zeit, die notwendig ist, um das Haupt-
gewicht des Wiederaufbaus durchzuführen unter
Veranschlagung der Zeit, die Deutschland brauche,
um die notwendigen Sicherungen durchzuführen.
Der vorgeschlagene Zeitraum solle sieben Jahre
nicht überschreiten. 2. daß sie unter keinen Um-
ständen den gesamten Betrag der angelegenen
Schulden, gegenüber Frankreich einen vorgeschrie-
benen Betrag von etwa 4 Milliarden Goldmark
überschreiten dürfe, 3. solle eine Bestimmung
eingefügt werden, bezwölge Frankreich von Zeit
zu Zeit in das allgemeine Reparationskonto Be-
träge einzahle, um den anderen Verbündeten
einen Anteil an dem von Deutschland nach dem
Zahlungsplan geschuldeten Betrage zu sichern.
Wenn diese Bürgerkriege eingefügt werde, könne
das Wästerbänder Abkommen zur Beschleunigung
der Lösung des Reparationsproblems auf breiter
Grundlage in einer für Frankreich vorteil-
haften Weise beitragen, ohne daß dadurch die
Interessen der anderen Mächte geschädigt würden.
Auf diesem Grunde habe die Reparationskom-
mission das Abkommen den verbündeten Regie-
rungen einstimmig zur Prüfung empfohlen.
Wenn die verbündeten Regierungen das Ab-
kommen mit den notwendigen Bürgerkriege ge-
nehmigen sollten, so müßte die Reparations-
kommission noch weitere Punkte genehmigen,
unter anderem die Abmachungen bezüglich der
Kohlenlieferungen und bezüglich der Preise, die
angeführt sind bez. zur Last geschrieben werden
sollen.

III.
Von den Zuschußkapiteln sei zunächst der Vor-
anschlag für die Staatstheater in Kap. 23a er-
wähnt, der trotzdem, daß über 2 Mill. M. Mehr-
einnahmen infolge der Erhöhung der Eintritts-
preise erwartet werden, und trotzdem, daß er-
mäßig der Beitrag der Stadtgemeinde Dresden
mit über 3 Mill. M. eingestellt werden ist, bei
einer Gesamtsomme von Ausgaben über 21 Mill. M.
(6 1/2 Mill. M. mehr als im Vorjahr) doch noch
einen Mehraufwand von über 1 Mill. M. gegen
den Vorjahr verursacht wird, was sich ohne
weiteres aus der sehr erheblichen Erhöhung
aller persönlichen wie sächlichen Ausgaben er-
klärt. Bei den Sammlungen für Kunst und
Wissenschaft (Kap. 24) ist der sogenannte Ver-
mehrungsstock um 300 000 R. erhöht und damit
auf 500 000 R. gebracht worden, angesichts der
jetzigen Phantasiereise auf dem Kunstmarkt ge-
wisshoch eine recht bescheidene Summe, mit der
für die Ergänzung unserer herrlichen Sammlungen
wenig anzufangen wäre, wenn diesen nicht
aus den reichlichen Versteigerungserlösen für diesen
Zweck namhafte Mittel zur Verfügung ständen.
Recht bedenklich muß das Kap. 25 (Verzinsung
der Staats- und Landeshauptstellen) schmecken.
Denn hier haben, nachdem uns mit
dem Übergang der Staatseisenbahnen auf das
Reich dieses unter dem 1. April 1920 von allen
anderen Schulden befreit hatte — der Stand und
die Abwicklung der Verzinsung und Tilgung dieser
Schulden ist deshalb aus dem Staatshaushaltsplan
in eine diesem beiseite überlassen worden —,
bereits wieder 45 1/2 Mill. M.
(41 1/2 Mill. M. mehr als im Vorjahr) lediglich
zur Verzinsung der inzwischen von Sachsen erneut
ausgenommenen schwebenden Schulden vorgese-
hen werden müssen, ein Betrag, der den vor der Ver-
zinsung der Eisenbahnen in Sachsen für den
Zinsendienst der sächsischen Schulden erforderlichen
Betrag (Etat 1918/19) bereits um 12 Mill. M.
übersteigt! Auch für Tilgung der schwebenden
Schulden ist diesmal ein Betrag, und zwar in
Höhe von 11 Mill. M., nach dem in Sachsen üblichen
Tilgungssatze von 1,9 Proz. vorgesehene worden, wenn-
gleich eine solche Tilgung, solange das Land darauf
angewiesen ist, weiterhin fortgesetzt laufenden Kredit
in Anspruch zu nehmen, mehr problematischer
Natur ist. Auch der Landtag (Kap. 29) erfordert
bei einem Gesamtzuschuß von 3,2 Mill. M.
1,8 Mill. M. Mehraufwand gegenüber dem Vor-
jahr. Unter Kap. 31 (Allgemeine Regierungs-
und Verwaltungsausgaben) findet sich die
im September vom Landtage bereits bewilligte
Eindeckelung des Landes in Doppeln
in Höhe von 100 000 R. eingestellt.

Besonders in die Augen fällt die außerordent-
liche Erhöhung beim Justizetat. Schloß das
Kap. 40 (Landgerichte, Amtsgerichte, Staats-
anwaltschaften) noch im Jahre 1918/19 mit
11 1/2 Mill. M., im Etat 1920 bereits mit
56 1/2 Mill. M. Zuschuß ab, so hat dieser sich im
Voranschlag für 1921 auf 111 Mill. M., also in
einem Jahre um weitere 54 1/2 Mill. M., erhöht,
wovon nur 3 Mill. M. auf einmalige Ausgaben
(Neubauten und Umbauten) entfallen, der übrige
Mehraufwand aber im wesentlichen auf die Stei-
gerung der Ausgaben für Gehälter usw. und für
Geschäftsbedürfnisse zu rechnen ist.

Eine ähnlich hohe Erhöhung des Zuschusses
weist das Kap. 42 auf, das den Etat des Mini-
steriums des Innern, des Arbeits- und des Wirt-
schaftsministeriums umfaßt; hier beträgt der Ge-
samtszuschuß 216 1/2 Mill. M. und übersteigt den
Zuschuß des Vorjahres um 70 1/2 Mill. M. Be-
dauerlich bleibt hier der Abgang eines Einnahme-
beitrags von 10 1/2 Mill. M. infolge Wegfalls der
Gebühren für die nach der Reichsverordnung vom
9. Oktober 1920 nicht mehr genehmigungspflichtigen
Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften
usw. Angesichts der heute noch bei fast allen
Gesellschaften auf der Tagesordnung stehenden
Kapitalerhöhungen wäre hier für die sächsische
Staatskasse eine recht entwicklungsfähige Ein-
nahmekategorie gegeben gewesen, deren Ausdehnung
sich das Reich für die Zukunft hoffentlich nicht ent-
gehen lassen wird. Beim Etat des Arbeitsministeriums
sind als Zuschüsse zu den Unterhaltungen auf

dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge insgesamt 200 Mill. M., und zwar 130 Mill. M. für die unterstützende und 70 Mill. M. für die produktive Erwerbslosenfürsorge, vorgelesen. Wenn hier trotz des starken und wesentlich anhaltenden Rückgangs der Zahl der Erwerbslosen erhöhte Mittel haben bereitgestellt werden müssen, so liegt dies in der wegen der Geldentwertung notwendig gewordenen Steigerung der Unterstützungssätze begründet. In dem Etat des Wirtschaftsministeriums sind nach Aufhebung der Zwangsberwirtschaftung der Reichs- und Staatsbehörden zur Wächerverwaltung für die minderbemittelte Bevölkerung vom 1. Juli 1921 ab in Wegfall gekommen.

Nicht erhebliche Mehrzusätze gegenüber dem Etat erfordert Gendarmerie und Polizei: so belastet die Gendarmerieanstalt (Kap. 47) die Staatskasse mit einem Mehr von 23 1/2 Mill. M., wovon allerdings 14 Mill. M. für die Errichtung von Dienst- und Wohngebäuden für die Gendarmerieabteilungen ausgeworfen sind; die Landespolizei, die zur Durchführung des Abkommens mit der Entente in Spa an die Stelle der Landespolizei getreten ist, bedarf rund 3 Mill. M. mehr als im Etat; die Ausgaben für das Polizeipräsidium Dresden übersteigen den Etat um rund 7 1/2 Mill. M., und unter dem sonstigen Zweigen der Sicherheitspolizei steht der Anteil Sachsen an den Kumulativstrafenverurteilungen mit 10 Mill. M. zu Buche. Was insbesondere die Landespolizei anlangt, so ist diese fast dezentralisiert worden. An die Stelle des Landesamts der Sicherheitspolizei ist die Landespolizeiverwaltung getreten, die als reine Verwaltungsstelle nur noch die Ausbildung, Bewaffnung, Verpflegung, Unterbringung und alle sonstigen wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie das Sanitäts- und Veterinärwesen bearbeitet, jedoch keinen Einfluß auf die Verwendung der Landespolizei hat. Über letztere beschließen die Kreis- und Hauptmannschaften, denen zur Erledigung der dadurch entstehenden Arbeiten besondere Beauftragte angeordnet sind. Die Landespolizei hat insgesamt 12 Abteilungen = 40 Hundertschaften, 3 berittene Staffeln, 2 berittene Bände, 5 Nachrichtenkompanien, die Luftpolizei und den Post. Für die drei Dresdner Wachtbataillone trägt das Reich 1/3, die Stadt Dresden 1/3 der Kosten, während im übrigen für die Landespolizeikosten das Reich mit 1/3 und das Land mit 2/3 aufzukommen haben. Der Beitrag der Stadt Dresden zu den Kosten des Polizeipräsidiums Dresden ist noch immer mit 1,50 M. für den Kopf der Bevölkerung nach dem alten hierüber mit der Stadt getroffenen Abkommen eingestellt (784 795 M.); doch schweben schon seit längerem Verhandlungen mit der Stadt wegen einer zeitgemäßen Erhöhung dieses Beitrags, der allerdings in der bisherigen Form noch der Übernahme der Sicherheitspolizei der sechs Großstädte auf den Etat in Zukunft von der Stadt nicht mehr zu entrichten sein wird.

Der Anteil des Reichs an den gesamten Kosten der Kriegserfahrungen des Freistaats Sachsen, die auf nahezu 19 Mill. M. veranschlagt sind, findet sich mit 16 Mill. M., demselben Betrage wie im Vorjahre, vorgelesen. Weiter begegnet man in Kap. 56 (Medizinpolizei usw.) zum ersten Male einem laufenden Staatszuschuß von 25 000 M. an den Verein für das National-Hygiene-Museum, während in dem gleichen Kapitel auf Grund der beiden vom Landtage beschlossenen gesetzlichen Regelungen ein Mehr von 1 296 000 M. gegenüber dem Etat für das Hebammenwesen einschließlich der Beihilfen zu den Hebammenunterstützungen an die Hebammen bereitgestellt ist (im ganzen 1 460 000 M.). Das erscheidende Er-

gebnis der ärztlichen Untersuchung von Kindern aller Stände und die hierbei festgestellte Unterrernährung in den minder bemittelten Schichten einschließlich des Mittelstandes haben die Regierung veranlaßt, 1/2 Mill. M. für Säuglings- und Kleinkinderpflege einschließlich Mutterischuh, somit 320 000 M. mehr als für 1920, auszumerkeln (bei Kap. 58), um so mit wesentlich verstärkten Mitteln die Ausziehung eines gesunden Nachwuchses zu betreiben. In gleicher Weise haben in außerordentlichem Maße die Ausgaben für Tuberkulosefürsorge, Krüppelfürsorge, Erholungsfürsorge (insbesondere Bäderfürsorge) erhöht und für Geschlechtskrankenfürsorge zum ersten Male Staatsmittel eingestellt werden müssen. In das Gebiet der sozialen Fürsorge gehören weiter die Fürsorgeerziehung, die infolge Steigens der Zahl der Fürsorgeerziehungsfälle und infolge des gewaltigen Anwachses der Berufstätigen sowohl für die Anstalts-, als auch für die Familienfürsorge 6 280 000 M. mehr gegenüber dem Etat (im ganzen 7 280 000 M.) erfordert, die bereits im Sommer dieses Jahres vom Landtage bewilligte Kleinrentnerfürsorge, für die erstmalig 5 Mill. M. vorgelesen sind, und endlich die Förderung des öffentlichen Arbeitsnachweises durch erhöhte Unterstützung gemeinnütziger öffentlicher Arbeitsnachweise (mehr gegenüber dem Etat 70 000 M., im ganzen 100 000 M., Kap. 60). Der Staatsbeitrag für die Deutsche Bäckerei in Leipzig, der im Rechnungsjahre 1920 385 000 M. betrug, hat sich als unzulänglich erwiesen, um die trotz großer Einschränkung des Aufgabensfeldes der Anstalt erheblich gestiegenen Ausgaben zu decken. Er soll für 1921 im Betrage von einer halben Million Mark dem Landtage vorgelesen werden, doch wird auch diese Erhöhung nicht genügen, um das Kulturwerk allerersten Ranges, das unser Land in der Deutschen Bäckerei beherbergt, dauernd über Wasser zu halten. Deshalb schweben zurzeit Verhandlungen, um die Anstalt finanziell auf völlig andere Basis zu stellen. Der Staatsbeitrag für das Meßamt für die Maßermessen in Leipzig ist auf eine halbe Million Mark, jedoch um 250 000 M. höher als im Etat, veranschlagt. Er soll im Jahre 1922 eine weitere Erhöhung bis auf 1 Mill. M. erfahren, da die Kosten für Werbestätigkeit im Ausland ins Ungemessene gestiegen sind, betragen doch jetzt die im Interesse der Förderung der deutschen Ausfuhr unbedingt erforderlichen Ausgaben für eine mäßige Werbestätigkeit allein im europäischen Ausland rund 15 Mill. M.

Eine Ausnahme unter den unzähligen Zuschußkapiteln, die durchweg mit ganz wesentlich höheren Ausgabenverhältnissen als im Etat figurieren, macht das Kap. 61, Landespostbezugs, bei dem es der neuen Direktion gelungen ist, den Zuschußbetrag durch rationelle Wirtschaft um 261 692 M. bis auf 254 650 M. herabzubringen. Zwei Kapitel dagegen, die im Etat 1921 arg zu Buche schlagen, sind Kap. 70 (Landesanstalten) und Kap. 72 (Allgemeine unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, des Arbeits- und des Wirtschaftsministeriums). Im ersteren wird für die Landesheil- und Pflegeanstalten, für die Landeserziehungsanstalten und für die Landes-Stroß- und Korrekptionsanstalten, von denen insbesondere letztere eine bedauerliche Steigerung der Belegzahlen aufweisen, ein Gesamtzuschuß von 84 1/2 Millionen Mark, das sind über 28 Millionen Mark mehr als im Etat, und zwar trotz der nicht unbedeutenden Erhöhung der Verpflegssätze, angefordert. Unter der Zuschußsumme dieses Kapitels befindet sich

allein ein Betrag von 8,7 Millionen Mark für einmalige außergewöhnliche Ausgaben, insbesondere für Bauten, so u. a. als dritter und letzter Teilbeitrag die Summe von 3,2 Millionen Mark für Verlegung und Erweiterung des Krankenhauses Zwickau; auch hier haben die Verhandlungen mit der Stadt Zwickau wegen der Erhöhung des seinerzeit unter ganz anderen Verhältnissen vereinbarten Beitrags der Stadt noch immer nicht zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt. Von den in Kap. 72 eingestellten Ausgaben von allgemeinerem Interesse seien erwähnt die Beiträge zur Unterstützung an besonders bedürftige Landwirte des Erzgebirges und Vogtlandes bei Beschaffung von Saatgut (194 500 M.), der Staatsbeitrag für das Armeemuseum und das Kriegsmuseum (erstmalig 50 000 M.), der Anteil Sachsen an den Kosten der besseren Unterbringung der in seinem Gebiete ausgenommenen Flüchtlinge (374 550 M.) und die im Landtage wie in der Presse schon viel erörterten Zuschußkosten der Versorgung Sachsens mit Lebensmitteln in der Nothzeit (159 480 000 M.), worüber sehr ausführliche Erläuterungen beigegeben sind.

Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen usw.

Das Reichskabinett hat gestern dem von dem Reichswirtschaftsminister vorgelegten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz bestimmt, daß der Handel mit Devisen usw. an die Banken gebunden sein soll, also nur durch Vermittlung von Banken und Bankiers abgeschlossen werden kann. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen Devisen oder ähnliche Wertpapiere eingehen will, eine Legitimation zu verlangen. Ferner sind die Banken verpflichtet, über jedes abgeschlossene Geschäft nach Höhe usw. einen Schlußschein anzufertigen. Dieser Schlußschein muß dem Finanzamt überwiegen werden. Die Finanzämter legen die überwiegenen Schlußscheine zu den Steuerstellen. Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichstag und dem Reichsrat zugehen.

Die Herabminderung der Besatzungskosten.

Havas veröffentlicht einen Bericht der Kommission, die auf Grund des Beschlusses des Obersten Rates vom 30. August über die Herabminderung der Besatzungs- und Unterhaltungskosten mit den verschiedenen Zivilverwaltungen im besetzten Gebiet beraten hat. Nachdem die Kommission auf der Grundlage des Okkupationsbeschlusses die Höhe der Ausgaben für das Besatzungsheer festgestellt hat, ist sie zu dem Ergebnis gekommen, daß die Kosten für das Jahr 1922 um 22 Mill. M. geringer sind, als für die vergangene Jahre. Die Kommission hat andererseits verfügt, ein Budget aufzustellen für die Besatzungen, die Deutschland nach Art. 8 bis 12 des Annex zum Vertrag von Versailles zufallen. Es handelt sich hier um die Unterbringung von Mannschaften und Offizieren, um die Gestaltung von Licht und Heizung und den Transport der Truppen zu Wasser und zu Lande. Verschiedene Vorschläge seien gemacht worden, um eine noch stärkere Verminderung der Kosten als die angeforderte zu erzielen, aber die verschiedenen Delegationen hätten zu keinem einheitlichen Beschluß kommen können. Infolgedessen sei ein Programm aufgestellt worden, das dem Obersten Rat zur Annahme empfohlen wird, in dem allerdings nicht die zu erzielende Herabminderung der Ausgaben

bezieht ist, das aber betont, daß durch die gemeinsamen Anstrengungen ein Erfolg zugunsten der Reparation erzielt werden müsse. Um zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, wird die Schaffung eines Ausschusses vorgelesen, der aus Vertretern der verschiedenen Besatzungstheere zusammengesetzt ist. In einem umfangreichen Resolutionsentwurf seien in allen Einzelheiten die Grundfragen mitgeteilt, die für die Regelung der Kosten des Besatzungsheeres zur Anwendung gelangen unter Einbeziehung der Anstrengungen, die gemacht werden könnten, um sie herabzusetzen. Die Kommission habe auch die Frage der Ausgaben für die Zivilverwaltung geprüft, dabei aber die Prüfung der Unterhaltungskosten für die militärische Kontrollkommission beiseite gelassen. Die Kommission habe festgestellt, daß außer der internationalen Oberkommission für die Rheinlande, deren Tätigkeit mit der Okkupation aufhöre, die meisten vom Verfasser Vertrag vorgesehene Kommissionen, deren Laufen Deutschland zufallen, ganz oder teilweise demnach ihre Arbeit beendet haben werden. Was die rheinische Oberkommission betreffe, so habe die Kommission gefunden, daß es unmöglich sei, Vergleiche zu ziehen zwischen den Kosten der verschiedenen Delegationen angesichts der Entfernungen, welche die verschiedenen Okkupationszonen trennen. Die Kommission hat jedoch für möglich gehalten, dem Obersten Rat vorzuschlagen, die rheinische Oberkommission zu ersuchen, in eine erste Besatzung der Maßnahmen einzutreten, welche die Herabsetzung der Kosten aller Kategorien von Ausgaben herbeiführen könnte, damit sie auf ein mit ihrer Mission im Einklang stehendes Minimum herabgedrückt werden könnten.

Die Kredithilfe der Industrie.

Die Verhandlungen über die Kreditaktion der Industrie zwischen dem Reichsminister und den Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf der Grundlage der vom Reichsverband am letzten Sonntag beschlossenen Resolutionen sollen heute wieder aufgenommen werden. Der „Vorwärts“ vertritt sich den Bedingungen der Industrie gegenüber völlig ablehnend. „Es ist“, so schreibt das Blatt, „in der neueren Geschichte wohl der erste Fall, daß Steuerzahler ihrem Staat Bedingungen stellen, unter welchen Voraussetzungen sie ihm helfen wollen. Der Reichsverband hat den Gedanken einer Kredithilfe, die automatisch mit einer inneren Deckung der Anleihe verbunden sein müßte, abgelehnt. Er will lediglich einen Übergangskredit geben für die Zeit, bis es gelungen ist, die Reichsbahnbahnen zu einem Pfandobjekt der Verbandsmacht oder der Privatindustrie zu machen. Diese Ansicht spricht ganz deutlich aus dem Antrag. So will man sich um eine tatsächliche Bräuerung des Vermögens, die aber die gewöhnlichen Papiermarktkursen hinausschiebt, brühen. Hält der Reichsverband seine Stellung aufrecht, so muß die Kredithilfe als abgelehnt angesehen werden. Sicherheiten dafür, daß die Reichsbetriebe wirtschaftlich werden, kann das Reich nicht geben, so lange die Industrie selbst durch Preisüberhöhung und gestiehlte Gewinnpolitik die Arbeitsbedingungen der Reichsbetriebe untergräbt und auf der anderen Seite jede Erhöhung der Löhne bekämpft. In der Resolution kommt ganz deutlich zum Ausdruck, daß der Ausbau der Reichsbetriebe nach den Absichten der Industrie erfolgen muß. Wie aber die Absichten der Industrie aussehen, darüber hat die Stimmbremse der letzten Zeit keine Zweifel gelassen. Man will auf die Privatisierung der Reichsbetriebe hinaus und versucht sie auf dem Wege des wirtschaftlichen Druckes gegen das Reich durchzuführen. „Die Kreditaktion darf“ — so schließt der „Vorwärts“ — „darauf nicht eingehen, sondern sie hat unseres Erachtens die Pflicht, jetzt mit der Erfassung der Sachverhalte Ernst zu machen“.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 9. November.

Sächsischer Altertumsverein. Die zweite Sitzung am Montag, den 7. November, eröffnete der erste Vorsitzende Geh. Regierungsrat Dr. Ermisch. Der Vorlesung des Berichts über die vorige Sitzung und der Resolutionsanträge durch den Schriftführer Geh. Regierungsrat Dr. Lippert folgte der Vorschlag, die Gebühr für das Diplom der Neuzutretenden als pflichtgemäßes Eintrittsgeld zu erheben. Die Versammlung beschloß demgemäß und setzte den Betrag auf 10 M. fest. Im Anschluß an die erste Hälfte der Sitzung, die der Verband der Antiquitätenhändler im Freistaat Sachsen sowie das Mitglied Rosenfeld vom Verein je 600 M. gestiftet haben, sowie das eine Anzahl Mitglieder, auch der Ehrenvorsitzende Prinz Johann Georg von Sachsen, freiwillig ihren Mitgliedsbeitrag namhaft erhöht haben, machte der Vorstand den Vorschlag, Mitglieder, die den Verein durch beträchtliche Spendenleistungen unterstützen, bei einer Gabe von mindestens 1000 M. zu „Hörbörtern“, bei einer solchen von mindestens 3000 M. zu „Stiftern“ zu ernennen. Die Versammlung beschloß dies. Es folgte der Bericht des Schriftführers über den Studienausflug nach Frankreich im vergangenen Sommer, sowie über die halbjährliche Rechnungsprüfung; die Versammlung erteilte Entlastung. Über die Aufforderung des Vereins für Geschichte Sachsens, sich seinem Vortrage gegen die geplante Erweiterung des Großschlosser Schlossparks als Privatbesitz anzuschließen, entspann sich eine lebhaft diskutierte Aussprache, an der sich die Mitglieder Guntt, Meier, Brud, Dr. Lippert und Gohlstein beteiligten und welche offenbart, wie groß die Gefahr ist, daß das schätzbarste Teil dieses Kleinod der Gartenbaukunst verliert. Es wurde beschlossen, sich dem Vorgehen des Dresdner Geschichtsvereins anzu-

schließen. Den Vortrag des Abends hielt Hr. E. Judenstein-Häufige über „Louis de Silvestre und Anton Raphael Mengs“. An der Hand von Stichbüchern gab die Rednerin einen Abriss vom Leben und Schaffen dieser beiden sächsischen Hofmaler des 18. Jahrhunderts. Louis de Silvestre ist 1675 in Paris geboren, wo er nach dem üblichen italienischen Studienaufenthalte Mitglied der Academie Royale de Peinture wurde. Der sächsische Kupferstichler Peinture wurde. Der sächsische Kupferstichler im Jahre 1706 auf seiner Revaltour in Paris Silvestres Werke kennen und verschaffte ihm Aufträge des Dresdner Hofes. Seine Werke gefielen demselben so, daß August der Starke ihn 1715 als Hofmaler nach Dresden berief. 1725 wurde er Direktor der Kunstakademie. Durch Aufträge des Hofes und später auch Brühls hat in Anspruch genommen, war es ihm vergönnt, eine Fülle von großen Kunstwerken zu schaffen. Silvestres Hauptstärke lag weniger in der Porträtcharakterisierung als in der Darstellung des Repräsentativen der von ihm dargestellten Persönlichkeiten; so war er der geborene Prägenemaler des Hofes. Seine Gönnerleistung ist in dieser Beziehung das Riesengemälde der Zusammenkunft in Reubaus im Jahre 1737, auf dem die ganze königliche Familie und ein großer Teil der Hofgesellschaft verewigt ist. Als hochbetagter Greis lebte Silvestre in seine Heimat Paris zurück, wo er 1760 gestorben ist. Vorher hatte er als seinen Nachfolger dem Hofe Anton Raphael Mengs empfohlen. Dieser, 1728 in Kuffing geboren, von seinem Vater, dem Miniaturmaler Jozef Mengs, mit harter Strenge zum Maler erzogen, hatte schon mit 16 Jahren das Raffinesse des sächsischen Hofes erreicht durch seine vorzüglichen Porträtbildnisse. Er wurde 1745 Hofmaler, brachte aber die meiste Zeit als Studientriller in Italien zu. Correggio und Raphael wurden seine großen Vorbilder, sich ihnen anzunähern sein Lebensziel. Das große Altarbild in der katholischen Hofkirche zeigt dieses Bestreben am deutlichsten. Die Ver- zählung mit Winkelmann in Rom ließ den

Künstler vorübergehend zu einem Vorbild der klassizistischen Malerei werden; aber als Hofmaler des Königs von Spanien, seit 1761, wurde er doch wieder ganz der Maler des 18. Jahrhunderts. Als dieser erlangte er Weltberühmtheit in seinem Jahrhundert. 1779 starb er, erst 51jährig. **Kammermusikabend.** (Konfänkerverein.) Im Rahmen des gestrigen Übungsabends im Palmengartenstraße hatte man in der Uraufführung ein (Manuskript-) Quartett von Paul Reich, einem geborenen Dresdner, der in New York Solo-Gesitt an der Metropolitan-Oper ist. Das Werk vertritt die gute Schule (Rheinberger-München) seines Schöpfers, kammt wohl aber aus vergangenen Zeiten — die Vortragsordnung gab das Jahr 1868 als Reichs Geburtsjahr an; denn die Gegenwart empfindet anders, dissonanzreicher. Reich gehört noch zu denen, die schaffend in eine ideale Welt sich flüchten. In seiner formklaren Musik leben noch die Weister der Romantik, im Scherzo sich bis zum Phantastischen und Märchenhaften aufschwingend. Nach dem ersten drei Sätzen fällt allerdings der letzte merklich ab. Immerhin lohnte die Ausgrabung der Ruhe und die Herren Theo Bauer, Brosche, Geier und Wohlrad, die sie mit voller Hingabe durch ihre Kunst ins rechte Licht setzten, verdienten sich Dank. **Liederabend.** (Hans Rüdiger.) Wenn Hans Rüdiger Lieder singt, heitere und heiterste, dann ist der (Künstlerhaus-)Saal zum Wechen voll, das ist fastjam bekannt. Also war es auch gestern, und mit den ersten Liedern, die der Konzertgeber „Reigen“ ließ, war auch gleich die Stimmung im Hörsaal da, die für die Rüdiger-Abende die gegebene ist, eben die „heitere und heiterste“. Doch kam der lebenswichtige Sänger auch mit leeren Händen nicht. Wandersleil Neues fand auf der Vortragsordnung. Hans Georg Göhler den Volkston sehr glücklich treffende Vertonungen, Hermann Löns'cher gemütlicher Dichtungen. Den Schluß bildete

Heiterstes. Dr. Eich, der feinsinnige und geschmackvolle Begleiter Rüdigers feuerte es auf seiner Reihemappe bei. Volklieder, die er in Schlefien erlauchte und die er mit lundiger Hand legte und bearbeitete. Der urwüchsige, vollständig derbe Humor der Regie, die Verbindung mit den höchsten schlichten Weisen aus dem Munde Rüdigers, der seinen Vortrag mit Mund und Gebärden so ergötlich zu unterstützen weiß, wirkte gütend. **Museum für Tierkunde.** Vom einfligen den- schen Wissenschaftler erzählt und eine neue Vorführung des Museums für Tierkunde im Zwinger. Jene großen Vorträge, deren Schlußpunkt das Erdmeer zwischen Spitzbergen und Grönland war, lieferten seit dem Ausgange des Mittelalters ganzen Horden deutscher, englischer und holländischer „Grönlandfahrer“ reichen Ertrag aus den Reichenleibern der Wale. Jahrhunderte durch dauerte die räucherlose, aber darum an Gewinn beständig abnehmende Besatzung, bis der letzte Fischer von Tran und Fischlein, der Grönlandwal, völlig ausgerottet war und nur die schwer zu erlegenden Fimale und ihre Keinen Verwandten übrig blieben. Da zog sich der deutsche Wissenschaftler allmählich zurück und Anfang der 70er Jahre kehrten die letzten, von den Meereshäfen noch ausfahrenden Fangschiffe für immer heim. Von einem dieser Sturm- und eiderproben Fahrzeuge, der „Weser“, rührt die Ausrüstung mit Tötungswaffen und Gerätschaften zum Bergen und Bekleimen der Beute her. Wir sehen die gewaltigen Harpunen zum Werfen mit der Hand und zum Verschießen aus eigens dafür gebauten Gewehren und Geschützen, die Bombenlanze zum Schleudern eines Sprenggeschosses, die langen Herzschlingen, mit denen der verwundete Wale vom led sich nähernden Boot aus abgehan wurde. Die goldnen Haken, die Spaten und die langgestielten Spedemesser verkleppern den Krustaufwand, den das Zerfädeln der mächtigen Spedemasse erfordert. Auch eine unmittelbare Vor-

nachdem mehr als vier Monate ins Land gegangen und der Dollar seit dem Ultimatum um das Fünftache gestiegen ist."

Oberschlesien.

Die ober-schlesische Grenzfestsetzungskommission, die sich nach dem Friedensvertrag aus sieben Mitgliedern zusammensetzt, aus einem Vorsitzenden, dem General Dupont, aus einem britischen, französischen, italienischen, japanischen Mitglied und einem deutschen sowie einem polnischen Vertreter, hat in der vorigen Woche in Oppeln ihre Arbeit aufgenommen. Der Vorsitzende hat von der Vorkonferenz die Anweisung erhalten, die Grenze im Gelände so far festzulegen, daß bei den daran sich anschließenden Wirtschaftsverhandlungen keine Schwierigkeiten entstehen. Es soll die endgültige Grenze festgelegt werden, bevor die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen werden. Der Kommission ist in der Entscheidung der Vorkonferenz über Oberschlesien nur ein sehr geringer Spielraum gelassen worden. Die Arbeit der Kommission beschränkt sich im wesentlichen darauf, die rote Linie der Grenze, die im Genfer Diktat gegeben worden ist, etwas zu verfeinern. Zur Durchführung ihrer Aufgabe hat die Kommission eine Art Demarkationslinie errichtet und die ganze Grenzlinie in drei Teile eingeteilt: in einen nördlichen Teil von Preussisch-Gebirg bis zur Straße Tarnowitz-Gleiwitz, einen südlichen Teil von der Straße Tarnowitz-Gleiwitz bis zur Straße Tarnowitz-Gleiwitz und einen mittleren Teil, der quer durch das Industriegebiet geht. Die provisorische Festlegung der Grenze für das nördliche Stück ist in der vorigen Woche bereits erfolgt. Die Kommission ist gegenwärtig mit der Festlegung der provisorischen Grenze für das südliche Stück beschäftigt. Es ist anzunehmen, daß sie diese Arbeit in dieser Woche beenden wird, und daß sie dann an die schwierige Aufgabe, die Festlegung der Grenze im mittleren Stück, dem eigentlichen Industriegebiet, gehen wird. Die deutschen Vertreter, der General v. Trentler und Graf Podewitz, sind eifrig bemüht, die aus der Grenzfestsetzung sich ergebenden Härten möglichst zu beseitigen, wobei ihnen auch der Geh. Oberbergamt Wunzig zur Seite steht.

Der "Matin" meldet aus Warschau: Die Tauer der Wirtschaftsverhandlungen, welche die Einigkeit des ober-schlesischen Industriegebietes sicherstellen und die politische Grenzlinie in ihren ökonomischen Wirkungen abschwächen soll, wird auf 8 bis 12 Wochen geschätzt, vorausgesetzt, daß nicht besondere Zwischenfälle sich ereignen und die offizielle Ratifizierung der Genfer Entscheidung an die beiden Regierungen durch die Mächte Ende Januar erfolgt, mit welchem Termin auch die Truppen für den Abzug aus dem besetzten Territorium nach Oberschlesien zu laufen beginnt.

Weitere Erhöhungen der Verkehrsgebühren.

Durch die bevorstehende neue Erhöhung der Beamtengehälter im Reich müssen wieder neue Mittel aufgebracht werden, die nur durch neue Tarifserhöhungen bei den Verkehrsunternehmen beschafft werden können. Wie jetzt gemeldet wird, schwebt beim Reichsverkehrs- und beim Reichspostministerium bereits Erwägungen, um für den 1. Februar 1922 neue Tarifserhöhungen einzuführen. Bei der Postverwaltung ist man sich noch nicht darüber einig, ob man die neuen Tarife, die man im Dezember auf Grund einer

neuen, noch vorzulegenden Vorlage erhöhen wollte, erst gar nicht in Kraft setzen, sondern eine neue Vorkonferenz ausarbeiten soll, die am 1. Januar 1922 in Kraft treten würde. Die zehnfache Erhöhung der Preissteigerung bei der Post würde dann einer fünfzehnfachen Erhöhung weichen müssen. Wie verlautet, ist auch vorgeschlagen worden, bei der fortsetzenden Selbstentwertung die Tarife alle Vierteljahre automatisch um einige Prozent steigen zu lassen und die Finanzierung mit Hilfe der Marken von 5 Pf. bis 20 Pf. durchzuführen zu lassen, ohne neue Werte einzuführen.

Die diesjährige Kartoffelernte.

Die diesjährige Kartoffelernte dürfte nach Schätzung der amtlichen Stellen einen Ertrag von 26 818 000 Tonnen gegen 28 248 000 Tonnen im Vorjahr ergeben. Für die Ernährung der Bevölkerung würden bei einer wöchentlichen Ration von 6 Pfund je Kopf etwa 6 1/2 Millionen Tonnen gebraucht werden, bei einer siebenköpfigen Ration 6 1/2 Millionen Tonnen. 6 Millionen Tonnen kommen ferner für die Saat in Frage, so daß mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion freibleibt zur Verwendung für andere Zwecke.

Die Saluta und die Parteien.

Das anhaltende Steigen des Dollars und der damit verbundene unangenehme Niedergang der Mark beschränkt nun auch die Parteien. Man erkennt, daß das weitere Steigen der Auslandswerte Deutschland zu einer Katastrophe führen würde, und deshalb haben sich auch alle Parteien in ihren Fraktionsführungen mit dieser Frage beschäftigt, ohne daß indessen irgendwelche Vorschläge gemacht wurden. Während man in den Reichsparteien die Schuld der Finanzkatastrophe dem angenommenen Ultimatum zuschreibt, behaupten die Linksparteien, daß Industrie und Hochfinanz durch ihre Spekulation die Schuld am dem katastrophalen Marktrückgang tragen. In allen Parteien ist man sich jedoch darüber klar, daß etwas getan werden müsse. Die Vorschläge des Reichswirtschaftsministers im Reichstag werden als unzureichend angesehen, außerdem müsse schnell gehandelt werden, wenn man eine Katastrophe verhüten wolle. Man erwartet deshalb in den nächsten Tagen von der Regierung in dieser Hinsicht Vorschläge. Sollten sie ausbleiben, so würden die Parteien durch parlamentarische Aktionen die Marktrisse aufzuhalten suchen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 9. November. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld trifft heute in Berlin ein, um mit den zuständigen Reichsstellen über verschiedene Bayern betreffende Fragen Rücksprache zu nehmen. Von der spanischen Regierung ist ein Auslieferungsersuchen gegen die beiden in Berlin verhafteten Spanier, die des Mordes am Ministerpräsidenten Dato beschuldigt werden, eingegangen. Weimar, 9. November. Der thüringische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Aufhebung der Wahrung als gesetzliche Feiertage beschlossen. Als Übergangsmassnahme soll auf Wunsch Urlaub für Lehrer und Schüler zum Kirchenbesuch erteilt werden. Moskau, 9. November. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September ist durch den Ministerpräsidenten Stellung in seiner Eigenschaft als Minister des Innern für Friedrich Meißner-Schwerin die "Redienburgische Umschau", nationale Wochenchrift für

Stadt und Land" (Herausgeber Otto Eöfving), die in Moskau erscheint, wegen des im Heft 14 vom 27. Oktober enthaltenen Aufsatzes "Die Angst der Polen vor der bürgerlichen Presse" für die Zeit vom 10. bis 20. d. M. verboten worden. Heft 14 der "Umschau" ist beschlagnahmt worden.

Danzig, 9. November. An der Schwarzen Börse wird ein schwunghafter Handel mit Gessmuggeln und zum Teil gefälschten polnischen Noten betrieben. Gestern nachmittag wurde ganz unvermutet der ganze Straßenmarkt abgeperrt und alles, was sich nicht ausweisen konnte, zur Polizei gebracht. Die festgenommenen Personen sind größtenteils Ausländer. Etwa 30 Personen sind politisch überhaupt nicht gemeldet. Die festgenommenen werden, soweit es nötig erscheint, über die Grenze abgeschoben werden. Schneidemühl, 9. November. In Grotzenburg und anderen Städten des polnischen Westpreußens ist es wiederum zu Feuer- und Brandstrahlen gekommen. Eine Anzahl Dörfer und Dorfschulden wurde von der Menge geplündert und alles kurz und klein geschlagen. Saarbürden, 9. November. In der gestrigen Stadtkonferenz, die zur Regelung der Besetzung der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten und zu der durch den Streit geschaffenen Lage Stellung nehmen sollte, gab der sozialdemokratische Stadtkonferenzschreiber im Namen der drei großen Fraktionen der Versammlung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Stadtkonferenzversammlung besche nach wie vor auf ihrem Beschlusse. Das Besche der Regierungskommission, diesen Beschlusse aufzuführen, insbesondere irgendwelche Gehaltserhöhungen in Wort an Beamte, Angestellte und Arbeiter auszusprechen, stelle einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt dar und zwingt die Stadtkonferenzversammlung, sich beschwerdeführend an den Reichsrat zu wenden. Der Bürgermeister verlas dann zwei Schreiben, die ihm während der Sitzung überbracht worden waren. In einem Schreiben bitten die städtischen Beamten den Präsidenten der Regierungskommission, von seinem Recht des Eingreifens Gebrauch zu machen. In dem zweiten Schreiben teilt der Präsident Haack unter Bezugnahme auf ein früheres Schreiben mit, er wolle der Stadtkonferenzversammlung Gelegenheit geben, von ihrem Beschlusse abzugehen und der Beratung der Regierungskommission Geltung zu verschaffen. Sollte jedoch innerhalb einer Frist von 48 Stunden kein entsprechender Beschlusse gefaßt sein, so werde er sich gezwungen, infolge der durch den Streit geschaffenen unzulässigen Zustände die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Stadt und Land" (Herausgeber Otto Eöfving), die in Moskau erscheint, wegen des im Heft 14 vom 27. Oktober enthaltenen Aufsatzes "Die Angst der Polen vor der bürgerlichen Presse" für die Zeit vom 10. bis 20. d. M. verboten worden. Heft 14 der "Umschau" ist beschlagnahmt worden.

Danzig, 9. November. An der Schwarzen Börse wird ein schwunghafter Handel mit Gessmuggeln und zum Teil gefälschten polnischen Noten betrieben. Gestern nachmittag wurde ganz unvermutet der ganze Straßenmarkt abgeperrt und alles, was sich nicht ausweisen konnte, zur Polizei gebracht. Die festgenommenen Personen sind größtenteils Ausländer. Etwa 30 Personen sind politisch überhaupt nicht gemeldet. Die festgenommenen werden, soweit es nötig erscheint, über die Grenze abgeschoben werden. Schneidemühl, 9. November. In Grotzenburg und anderen Städten des polnischen Westpreußens ist es wiederum zu Feuer- und Brandstrahlen gekommen. Eine Anzahl Dörfer und Dorfschulden wurde von der Menge geplündert und alles kurz und klein geschlagen. Saarbürden, 9. November. In der gestrigen Stadtkonferenz, die zur Regelung der Besetzung der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten und zu der durch den Streit geschaffenen Lage Stellung nehmen sollte, gab der sozialdemokratische Stadtkonferenzschreiber im Namen der drei großen Fraktionen der Versammlung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Stadtkonferenzversammlung besche nach wie vor auf ihrem Beschlusse. Das Besche der Regierungskommission, diesen Beschlusse aufzuführen, insbesondere irgendwelche Gehaltserhöhungen in Wort an Beamte, Angestellte und Arbeiter auszusprechen, stelle einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt dar und zwingt die Stadtkonferenzversammlung, sich beschwerdeführend an den Reichsrat zu wenden. Der Bürgermeister verlas dann zwei Schreiben, die ihm während der Sitzung überbracht worden waren. In einem Schreiben bitten die städtischen Beamten den Präsidenten der Regierungskommission, von seinem Recht des Eingreifens Gebrauch zu machen. In dem zweiten Schreiben teilt der Präsident Haack unter Bezugnahme auf ein früheres Schreiben mit, er wolle der Stadtkonferenzversammlung Gelegenheit geben, von ihrem Beschlusse abzugehen und der Beratung der Regierungskommission Geltung zu verschaffen. Sollte jedoch innerhalb einer Frist von 48 Stunden kein entsprechender Beschlusse gefaßt sein, so werde er sich gezwungen, infolge der durch den Streit geschaffenen unzulässigen Zustände die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Stadt und Land" (Herausgeber Otto Eöfving), die in Moskau erscheint, wegen des im Heft 14 vom 27. Oktober enthaltenen Aufsatzes "Die Angst der Polen vor der bürgerlichen Presse" für die Zeit vom 10. bis 20. d. M. verboten worden. Heft 14 der "Umschau" ist beschlagnahmt worden.

Danzig, 9. November. An der Schwarzen Börse wird ein schwunghafter Handel mit Gessmuggeln und zum Teil gefälschten polnischen Noten betrieben. Gestern nachmittag wurde ganz unvermutet der ganze Straßenmarkt abgeperrt und alles, was sich nicht ausweisen konnte, zur Polizei gebracht. Die festgenommenen Personen sind größtenteils Ausländer. Etwa 30 Personen sind politisch überhaupt nicht gemeldet. Die festgenommenen werden, soweit es nötig erscheint, über die Grenze abgeschoben werden. Schneidemühl, 9. November. In Grotzenburg und anderen Städten des polnischen Westpreußens ist es wiederum zu Feuer- und Brandstrahlen gekommen. Eine Anzahl Dörfer und Dorfschulden wurde von der Menge geplündert und alles kurz und klein geschlagen. Saarbürden, 9. November. In der gestrigen Stadtkonferenz, die zur Regelung der Besetzung der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten und zu der durch den Streit geschaffenen Lage Stellung nehmen sollte, gab der sozialdemokratische Stadtkonferenzschreiber im Namen der drei großen Fraktionen der Versammlung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Stadtkonferenzversammlung besche nach wie vor auf ihrem Beschlusse. Das Besche der Regierungskommission, diesen Beschlusse aufzuführen, insbesondere irgendwelche Gehaltserhöhungen in Wort an Beamte, Angestellte und Arbeiter auszusprechen, stelle einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt dar und zwingt die Stadtkonferenzversammlung, sich beschwerdeführend an den Reichsrat zu wenden. Der Bürgermeister verlas dann zwei Schreiben, die ihm während der Sitzung überbracht worden waren. In einem Schreiben bitten die städtischen Beamten den Präsidenten der Regierungskommission, von seinem Recht des Eingreifens Gebrauch zu machen. In dem zweiten Schreiben teilt der Präsident Haack unter Bezugnahme auf ein früheres Schreiben mit, er wolle der Stadtkonferenzversammlung Gelegenheit geben, von ihrem Beschlusse abzugehen und der Beratung der Regierungskommission Geltung zu verschaffen. Sollte jedoch innerhalb einer Frist von 48 Stunden kein entsprechender Beschlusse gefaßt sein, so werde er sich gezwungen, infolge der durch den Streit geschaffenen unzulässigen Zustände die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Stadt und Land" (Herausgeber Otto Eöfving), die in Moskau erscheint, wegen des im Heft 14 vom 27. Oktober enthaltenen Aufsatzes "Die Angst der Polen vor der bürgerlichen Presse" für die Zeit vom 10. bis 20. d. M. verboten worden. Heft 14 der "Umschau" ist beschlagnahmt worden.

Danzig, 9. November. An der Schwarzen Börse wird ein schwunghafter Handel mit Gessmuggeln und zum Teil gefälschten polnischen Noten betrieben. Gestern nachmittag wurde ganz unvermutet der ganze Straßenmarkt abgeperrt und alles, was sich nicht ausweisen konnte, zur Polizei gebracht. Die festgenommenen Personen sind größtenteils Ausländer. Etwa 30 Personen sind politisch überhaupt nicht gemeldet. Die festgenommenen werden, soweit es nötig erscheint, über die Grenze abgeschoben werden. Schneidemühl, 9. November. In Grotzenburg und anderen Städten des polnischen Westpreußens ist es wiederum zu Feuer- und Brandstrahlen gekommen. Eine Anzahl Dörfer und Dorfschulden wurde von der Menge geplündert und alles kurz und klein geschlagen. Saarbürden, 9. November. In der gestrigen Stadtkonferenz, die zur Regelung der Besetzung der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten und zu der durch den Streit geschaffenen Lage Stellung nehmen sollte, gab der sozialdemokratische Stadtkonferenzschreiber im Namen der drei großen Fraktionen der Versammlung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Stadtkonferenzversammlung besche nach wie vor auf ihrem Beschlusse. Das Besche der Regierungskommission, diesen Beschlusse aufzuführen, insbesondere irgendwelche Gehaltserhöhungen in Wort an Beamte, Angestellte und Arbeiter auszusprechen, stelle einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt dar und zwingt die Stadtkonferenzversammlung, sich beschwerdeführend an den Reichsrat zu wenden. Der Bürgermeister verlas dann zwei Schreiben, die ihm während der Sitzung überbracht worden waren. In einem Schreiben bitten die städtischen Beamten den Präsidenten der Regierungskommission, von seinem Recht des Eingreifens Gebrauch zu machen. In dem zweiten Schreiben teilt der Präsident Haack unter Bezugnahme auf ein früheres Schreiben mit, er wolle der Stadtkonferenzversammlung Gelegenheit geben, von ihrem Beschlusse abzugehen und der Beratung der Regierungskommission Geltung zu verschaffen. Sollte jedoch innerhalb einer Frist von 48 Stunden kein entsprechender Beschlusse gefaßt sein, so werde er sich gezwungen, infolge der durch den Streit geschaffenen unzulässigen Zustände die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. November. Auf Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen Überwindung der Rot der Kleinrentner wurde in der gestrigen Sitzung regierungsfreig erwidert, daß im Reichstag zum außerordentlichen Etat 100 Millionen für die Kleinrentner eingestellt seien. Auf eine weitere Anfrage der gleichen Partei wegen Aufhebung der Besätze der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen sowie wegen Beschleunigung betr. Anerkennung der Renten erwidert ein Regierungsdirektor, daß die vorgeschlagenen Besätze berichtigt werden würden. Auch die Anerkennung der Rentenschulden sei in der letzten Zeit so gefördert worden, daß von den 46 000 Anträgen in Württemberg nur noch 11 000 zu erledigen seien. Auch diese würden mit der größten Beschleunigung geregelt. Auf eine Anfrage von deutschnationaler Seite wegen Erhöhung der Feuerungszulagen der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen wird regierungsfreig auf die bevorstehenden Ausdehnungsverhandlungen verwiesen. Aus den vom Reichstage bewilligten Mitteln habe die Regierung 580 Millionen für Verbesserung der Lage der Kriegsofer verwendet. Bei der Beschränkung der Mittel konnten, wenn einigermaßen wirksam geholfen werden sollte, nur wirklich Leidende, d. h. Schwerbeschädigte und die Hinterbliebenen, berücksichtigt werden. Auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite wird von Regierungsfreie erwidert, daß eine Vorlage betr. höhere Bezüge der Altrentner der Sozialversicherung dem Reichstag mit größter Beschleunigung zuerben werde. Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei wird von der Regierung versichert, daß die Ausfuhr von Kartoffeln nach dem Auslande grundsätzlich verboten sei und gegen Zuwiderhandlungen strenge Maßnahmen getroffen würden. Abg. Rumm (Deutschl.) fragt, ob eine Tendenzschrift des Abg. Adolf Müller "Korruption im August 1918 wieweit?" die von einem Ausschusse für den inneren Frieden in Rastatt kostenlos verbreitet werde, etwa mit Regierungsmitteln verbreitet werde. Ministerdirektor Müller erklärt, daß die Regierung die Verbreitung billige und unterstütze. (Lärm rechts.) Die deutschnationale Anfrage wegen Verhinderung der Bahnstöße in Pommern durch Wagenmangel, wodurch ungeheure Mengen von Kartoffeln nicht verladen und verhandelt werden könnten, wird regierungsfreig dahin beantwortet, daß die Reichsbahnverwaltung die energigsten Anstrengungen mache, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soc.) stellt wegen der Aufhebung des Termins in der Strafsache gegen Janow, Wangenheim und Schiele 26 verschiedene Anfragen. Regierungsfreig wird geantwortet, der Termin sei aufgehoben worden durch den Oberreichsanwalt, weil inzwischen die Papiere Bauer usw. sich freiwillig gemeldet hätten und man hoffen konnte, die Verhandlungen zusammenzuliegen. Es soll nun ein neuer Termin gegen Janow und Gen. angesetzt werden. Der Ausschuss Bauer usw. ist der Regierung nicht bekannt. Die Unterstellung einer deutschsprachigen Verflechtung muß zurückgewiesen werden. Die Interpellation der Unabhängigen, betr. das Fortheben von Selbstschutzorganisationen, wird von der Regierung demnächst beantwortet werden. Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der neuen Steuererlässe. Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt: Nach Annahme des Ultimatus ist eine Besserung der Saluta ein. Aber neue Ereignisse greifen dazwischen ein, so die Erledigung der Entwaffnungsfrage. Staatssekretär Hirsch hat feierlich den Sturz der Mark, der dann eintreten würde, schon vorausgesehen. Aber daß dieser Sturz soweit gehen würde, hat niemand gedacht. Abg. Dr. Beder (Deutsche Sp.) bedauert, daß der Reichswirtschaftsminister versucht habe, den Staatssekretär Hirsch abzuschreiben. Zweifellos habe Hirsch nachgewiesen, daß das Ultimatum als unerfüllbar zu bezeichnen. Beder kritisiert die Art und Weise, wie der Abg. Braun gegen den Minister aufgetreten sei, und erklärt weiter, daß ganze Bündel der Steuererlässe stelle ein Preisstängel dar, das jeder nach seinem eigenen Geschmaack lösen könne. Arbeit über Ziele und Absichten sei und jedenfalls nicht gegeben. Wenn das Reich nun auch in die Grund- und Gewerbesteuer eingreife, nehme man die Ränder der letzten Hilfsquellen. Man müsse sich unterscheiden zwischen den eigenen Bedürfnissen und denen des Ultimatus. Der innere Bedarf erfordert im Ordinarium 50 Milliarden, denen an Einnahmen 61 Milliarden gegenüberstehen. Das Extraordinarium erfordert aber noch 29 Milliarden, jedoch selbst ohne die Beamtenbesoldungserhöhungen ein Defizit von 30 bis 40 Milliarden besteht. Aus dieser Wirtschaft werden wir ohne die alte preussische

Festlegung von jenen, nur noch in entlegenen Winkeln des Polarmeres von Schotten und Amerikanern gelegten Beobachtungen können wir uns an der gegenüber befindlichen Zusammenstellung von Modellen der Wäntiere bilden, einer in keinem anderen Museum der Erde in solcher Vollständigkeit vorhandenen Darstellung. Dazu gefaßt sich das seit längerem vorhandene Skelett eines Fimbrinae, der Schädel vom Pottwal und einigen kleineren Zahnwale. Hierdurch vermittelt die Sammlung eine Vorstellung von der im ungeheuren gesteigerten Schiffs- und Gestaltungsgrad des Meeres, deren Kinder schon größtenteils der ungeschätzten Gewinnlust des Menschen zum Opfer gefallen sind und die auch an ihrem letzten Aufstande bald dahinsinken werden, wenn kein wirksamer Schutz tritt.

Kontingents. Ludwig Wöllner sprach, und der Vereinstausch war kaum groß genug, die Menschenmenge aufzunehmen. Ist das nicht ein erstaunliches Zeichen, daß eine Kunst sich durchsetzt? Es gibt seit Rilks stüben Händel keinen zweiten Sprechkünstler, der sich mit Wöllner messen könnte. Beide von ganz verschiedener Einbildung, Wöllner, ausgehend auf die große Linie, will feierlich erschüttern; Rilka dagegen war Impressionist, ergaß und füllte die seinen unmaßstäblichen Stimmungen. Nach der ganzen Art der heiligen Wandlung unserer Tage steht und die Kunst Wöllners näher; sie spricht die Qual unserer Seele aus, aber sie erhöht auch zugleich das individuelle Erlebnis zum allgemeinen. Darin ruht die tiefe Wirkung Wöllners, daß seine Kunst und befreit von Zeit und Ort und das Ungeheure in der Anschauung sichtbar macht. Ja, die Anschauung ist des Künstlers ureigenes Gebiet, man könnte von einer Architektur der Worte oder besser des Geistes reden, wenn er Goethes "Gott und die Bajadere" gälte, wenn er Rilks "Korset" aufbau. Dem gegenüber steht weiter die reifere Erfindung von Gefühl und Stimmung in "Wanderers Nachtlied" und "An den Mond", während den Liebesliedern Goethes ein gewisses Etwas an jugendlicher Über-

schämender Leidenschaft fließt. Den Beschlusse bildete ein Märchen von Oskar Wilde, in dem der Künstler als behaglicher Erzähler mit verständig plauderte und nur hier und da ein keines ironisches Lichtlein aussetzte. Ein Abend, nicht ganz einheitlich im Programm, entfaltete er die reife freische Kunst Wöllners nach allen Richtungen. Mit huldvolle Wöllner beehrte. Zum Tode von Oskar Montelius. Der Rektor der schwedischen Archäologie, Prof. Oskar Montelius, gehörte auch dem Ausschusse an, der im vorigen Jahre die Schwedische Kongressreise unseres Kreuzwortes veranstaltete und vorbereitete. Der Verehrte besuchte die Stockholmer Aufnahmen der Kreuzworter und nahm die beiden Leiter jener Kongressreise, Prof. O. Richter und Studienrat Dr. Tritsch, in seinem Hause auf das gastlichste auf.

Wissenschaft und Technik. Die "Evenska Dagbladet" aus Kopenhagen meldet, ist der australische Kandidat für den Nobel-Friedenspreis der dänische Astronom Prof. Elis Strömogreen. Prof. Strömogreen hat verüht, vom ersten Kriegstage an mit Energie die internationalen Verbindungen innerhalb der astronomischen Wissenschaft aufrechtzuerhalten. Das dänische Blatt betont, daß Prof. Strömogreen tiefbewußt in eingehender Weise gearbeitet und ein leuchtendes Beispiel dafür gegeben habe, was ein einzelner Mensch im Kampfe gegen das taufendköpfige Ungeheuer der Kriegshysteria auszurichten vermag.

Literatur. "Friederike", ein neues Drama des Schriftstellers Walter Schmidt, wurde am Stadttheater zu Döbeln dieser Tage mit Erfolg zur ersten Aufführung gebracht. Das Stück behandelt die bekannte Liebesgeschichte Goethes und Friederikens von Seltsheim.

Die Münchner Schiffschillerin Kuny Schäfer hatte mit der Aufführung ihres ungemünzten Bühnenwundern, größtenteils im oberbayerischen Dialekt geschriebenen Dramas "Die schwarze Erde" in den Kammertheatern des Ulmer Stadttheaters einen schönen Erfolg.

In Marburg ist Anna Ritter im Alter von 56 Jahren gestorben. Ein Band Gedichte mit dem Namen einer Unbekannten, der in 20 Jahren 15mal aufgelegt werden muß, das in Deutschland schon ein Erfolg, wie ihn wenige Lyriker erreichen. Die ganzen Verse Anna Ritters haben diesen Erfolg gewonnen, der auch einer neuen Sammlung "Betrügnis" und einigen novellenhaften Versuchen treu blieb. Die Schriftstellerin, die Mitarbeiterin vieler belletrischer Zeitschriften war, genoss auch in sächsischen Vertrieben einen guten Ruf.

Bildende Kunst. In Venedig ist Henry Woods, Mitglied der englischen Kunstakademie, einer der beliebtesten Künstler in der Darstellung der Lagunenstadt, gestorben. Zeit hat er seit Jahrzehnten gelebt und die alten Kirchen, Kanäle und Paläste in seinen Bildern dargestellt, deren genaue Einzelbeschreibungen ihnen eine weite Verbreitung sicherte.

Musik. Ewald Straehers vierte Symphonie in E-moll ist bei der Uraufführung unter Fritz Busch in Stuttgart mit bestem Beifall aufgenommen worden.

Richard Strauß hatte vor längerer Zeit einige der für einen kleinen Kreisbestimmten Gedächtnis von Alfred Kerr in Musik gesetzt. Um diese auch musikalisch ungemein reizvollen Lieder wenigstens einem kleinen Kreis von Musikfreunden und Verehrern des Komponisten zugänglich zu machen, veranstaltet der Verlag Paul Cassirer davon einen besonderen Vorkursus in ganz kleiner Auflage, zu dem E. R. Weig die Textsammlung entwarf und nicht geringen eine Anzahl von Steinabdrücken schuf.

Theater und Film. Die Versuche, Shakespeare unter dem britischen Volk heimisch zu machen, indem man Niederbühnenführungen veranstaltet, haben jetzt zu einem schönen Erfolg geführt. Es gibt bereits verschiedene "dramatische Gesellschaften" unter den Arbeitern, so in Gillingham unter den Großschmiedern, in Harton-

gate unter den Arbeiterinnen, unter den Bergleuten von Rippaz. Nun ist unter den Bergleuten von Leeds ein Bühnenbund ins Leben getreten worden, der verschiedene Shakespeare-Vorstellungen mit gutem Gelingen veranstaltet. Diese Shakespeare-Aufführungen finden vor Arbeiterbühnenbundes sind. Der Beitrag für den Bund, dem 2000 Mitglieder angehören, beträgt 2 Pence die Woche. Hier ist also eine Volkshöhe geschaffen, bei der nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Schauspieler dem Arbeiterhande empfangen.

Auf Antrag des Generalintendantenhardt vom Deutschen Nationaltheater in Weimar hat das thüringische Staatsministerium sich damit einverstanden erklärt, daß ein "Mittelschiff" für die an den thüringischen Staatstheatern beschäftigten Theaterangehörigen geschaffen wird. Das Neue an dem Antragehardt bezieht darin, daß auf jede Eintrittskarte 2 Proz. des Preises für diesen Schatz erhoben werden, und daß die jährlich eingehenden Summen nicht betrachtet werden als zurückzulegendes Kapital, sondern als die Zinsen eines heellen Kapitals, das der Theaterbesuch darstellt. Die Zahlungen sind nach in Bearbeitung und sollen den thüringischen Beamtenpensionsanstalten angepaßt werden.

Im kommenden Frühjahr, am 14. Mai, beginnen in Oberammergau die durch den Krieg unterbrochenen Passionsspiele. Der Antrags des Auslaufes zu den Festspielen dürfte außerordentlich stark werden. Bis jetzt haben sich 60000 Amerikaner und fast ebensoviel Engländer angemeldet. Bei den Wahlen für die Festspiele sind die Hauptrollen folgendermaßen verteilt worden: Christus — Anton Lang, Maria — Martha Zeit, Magdalena — Paula Rendl, Johannes — Reichert Reichhammer, Petrus — Andreas Lang, Judas — Guido Mayr, Kaiphas — Hugo Kuh, Pilatus — Hans Mayr.

Ämtlicher Teil.

I. Die unter Abschnitt ID der Besoldungsordnung stehenden planmäßigen Beamten mit einem die erste Grundgehaltstufe der Besoldungsgruppe X nicht erreichenden Grundgehalt erhalten außer dem ihnen nach Ziffer IIa der Gesamtministerialverordnung vom 3./9. 1921 (Sächsische Staatszeitung Nr. 206 vom 4./9. 1921) zu zahlenden Ausgleichzuschlag einen weiteren Ausgleichzuschlag in der Höhe, daß ihr Dienstverdienst nebst Ausgleichzuschlag das Dienstverdienst nebst Ausgleichzuschlag eines planmäßigen Beamten in der ersten Grundgehaltstufe der Besoldungsgruppe X erreicht.

II. Die wissenschaftlichen Assistenten und Hilfskräfte mit planmäßiger Vergütung bei den wissenschaftlichen Hochschulen mit mehr als 5 Dienstjahren (Ziffer 2 der Vergütungsordnung) erhalten außer dem ihnen nach Ziffer IIa der Gesamtministerialverordnung vom 3./9. 1921 zu zahlenden Ausgleichzuschlag einen weiteren Ausgleichzuschlag in der Höhe, daß ihr Dienstverdienst nebst Ausgleichzuschlag das Dienstverdienst nebst Ausgleichzuschlag eines planmäßigen Beamten in der jeweils von ihnen erreichten Grundgehaltstufe der Besoldungsgruppe X gleichkommt.

III. Ziffern I, VI, IX und X Satz 2 der Gesamtministerialverordnung vom 3./9. 1921 gelten sinngemäß. 6718 Dresden, 9. Nov. 1921. Das Gesamtministerium.

Auf Grund der §§ 100 Abs. 1 und 100b der Reichsgewerbeordnung wird gemäß dem Antrage Beteiligten und mit Rücksicht auf das Ergebnis des nach § 100a der Gewerbeordnung abgeleiteten Feststellungsverfahrens angeordnet, daß vom 1. Januar 1922 an sämtliche Gewerbetreibende, die innerhalb der Gemeindebezirke Großhörn, Dreinig und Hauswalde (Amtshauptmannschaft Kamenz) das Herrenschneiderhandwerk selbstständig ausüben, gleichviel, ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der mit diesem Tage für den genannten Bezirk mit dem Sitze in Großhörn zu begründenden Zwangsinnung für das Herrenschneiderhandwerk als Mitglieder anzugehören haben. [6717] VIII 14, Sch. Rauten, 2. Nov. 1921. Kreisauptmannschaft.

Die Sächsische Landesgetreidekasse, Geschäftsabteilung, G. m. b. H., ist am 1. November 1921 in Liquidation getreten.

Alle Gläubiger der Gesellschaft werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bis zum 15. Dezember 1921 anzumelden. Ansprüche, die erst nach diesem Tage angemeldet werden, können keine Berücksichtigung finden. Weisung: werden die Gläubiger der unterzeichneten Gesellschaft darauf hingewiesen, daß diese als Kriegsgesellschaft im Sinne des Gesetzes vom 15. Juli 1921 (RGBl. S. 942) gilt und daß die Sperfrist demnach nur 3 Monate beträgt. Mit dem Ablauf der Sperfrist erlöschen alle Forderungen gegen die unterzeichnete Gesellschaft, sofern sie nicht schriftlich oder gerichtlich ihr gegenüber geltend gemacht worden sind.

Tredden, am 5. November 1921. 6712 Kaiser Wilhelm-Platz 4.

Sächsische Landesgetreidekasse, Geschäftsabteilung, G. m. b. H., in Liquidation. Die Liquidatoren. Dr. Pusch. Siederer.

Auf Blatt 1561 d. Handelsregisters ist die offene Handelsgesellschaft in Firma Schiele & Pöhler in Buchholz und weiter eingetragen worden, daß Gesellschafter sind die Kaufleute Johannes Schiele in Buchholz und Kurt Bernhard Pöhler in Grottenhof, sowie als Tag der Errichtung der Gesellschaft der 1. November 1921. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Holzperlen. 6718 Amtsgericht Annaberg, 3. November 1921.

Auf Blatt 461 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Aktiengesellschaft in Firma „Glas- & Zerschlageshätten Aktiengesellschaft vorm. Paul Müller & Co.“ mit dem Sitze in Niederpoppau Amtsbl. Rauten eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. September 1921 geschlossen.

Gegenstand des Unternehmens ist a) die Erzeugung und kaufmännische Verwertung von Glas und Glaswaren sowie der Handel damit, b) die Errichtung und Erwerbung solcher Anlagen, die zur Erzeugung und Förderung dieses Zweckes geeignet sind, c) die Errichtung und Erwerbung verwannder Fabrikations- und Handelsgeschäfte, d) die Beteiligung an Unternehmungen der unter a bis c bezeichneten Art.

Das Grundkapital beträgt zwei Millionen Mark und ist zerlegt in 2000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 1000 M.

Der Vorstand besteht je nach Bestimmung des Aufsichtsrates aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Die Vorstandsmitglieder werden durch den Aufsichtsrat bestellt.

Mitglieder des Vorstandes sind a) der Fabrikbesitzer Friedrich Heinrich Paul Müller in Niederpoppau, b) der Fabrikbesitzer Ernst Alfred Becken in Hamburg.

Die Gesellschaft wird vertreten, wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese, wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen, gleichgültig, ob der Vorstand aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern besteht, durch zwei Prokuristen.

Die Generalversammlungen werden von dem Aufsichtsrat oder Vorstande durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger berufen, soweit nicht im Gesetz oder Gesellschaftsvertrage Abweichendes bestimmt ist. Die Bekanntmachung soll mindestens 18 Tage vor dem anberaumten Termine erfolgen; bei der Berechnung dieser Frist sind der Tag, an dem das die Bekanntmachung enthaltende Blatt erscheint, und der Tag der Versammlung nicht mitzurechnen.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch einmalige Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger, soweit nicht im Gesetz oder Gesellschaftsvertrage eine mehrmalige Bekanntmachung vorgeschrieben ist. Die Gesellschaft behält sich vor, ihre Bekanntmachungen außerdem durch andere, vom Aufsichtsrat zu bestimmende Blätter zu veröffentlichen, ohne daß jedoch von der Veröffentlichung in diesen Blättern die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachung abhängt.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden vom Vorstande erlassen, soweit nicht die Bekanntmachung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag dem Aufsichtsrat übertragen ist. Die Bekanntmachungen des Vorstandes sind mit der Firma der Gesellschaft und der Unterschrift der Vertretungsberechtigten zu versehen, die Bekanntmachungen des Aufsichtsrates mit der Firma der Gesellschaft, dem Zusatz „Der Aufsichtsrat“ und der Unterschrift des Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder seines Stellvertreters.

Die Gesellschaft hat von der offenen Handelsgesellschaft Paul Müller & Co. in Niederpoppau das von dieser betriebene Handelsgeschäft mit

Firmenrecht, den Geschäftsgeheimnissen, den Büchern und Papieren, sämtlichen Grundstücken, Gebäuden und Fabrikrichtungen erworben, jedoch unter Ausschluß von Aktien in Höhe von 1.194.420,57 M., bestehend in Warenvorräten, Materialien, Forderungen und Kassebestand, und unter Ausschluß von 1.181.006, — M. Passiven. Als Entgelt für diese Sacheintausch sind an die Gesellschafter der Firma Paul Müller & Co. Aktien im Nennbetrage von einer Million Mark gewährt worden, und zwar Herrn Paul Müller 563 und Herrn Alfred Becken 437 Aktien zu je 1000 M. Die Ausgabe dieser Aktien ist zum Nennwerte erfolgt. Die übrigen Aktien der Gesellschaft im Nennbetrage von einer Million Mark sind mit einem Aufschlage von 50 % über dem Nennwerte auszugeben worden.

Die Beträge für sämtliche Aktien sind voll geleistet. Der Gründungsaufwand ist mit 341.500 M. festgesetzt worden.

Die Gründer der Gesellschaft sind a) der Fabrikdirektor Otto Paul Hirsch in Radeberg, b) der Fabrikdirektor Louis Arthur Andrae in Demitz-Thumitz, c) der Bankdirektor Friedrich Alfred Heintzel in Bischofswerda, d) der Fabrikbesitzer Friedrich Heinrich Paul Müller in Niederpoppau, e) der Fabrikbesitzer Ernst Alfred Becken in Hamburg.

Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des Aufsichtsrates sind die vorkonstituierter a bis e genannten Personen und der Fabrikbesitzer Anton Voral in Berlin. 6701 Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere die Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren, können bei dem unterzeichneten Gerichte eingesehen werden, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer zu Jittau. Bischofswerda, 8. Nov. 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 28 des hiesigen Genossenschaftsregisters ist am 4. November 1921 folgendes eingetragen worden: Siedlungs-genossenschaft Hartmannsdorf, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Hartmannsdorf.

Das Statut vom 21. Juni 1921 befindet sich in Urchrift Bl. 5 ff. der Registerakten. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Verwertung von Häusern zum Vermieten oder zum Verkauf, die Herstellung und Unterhaltung von Wohnungsergänzungseinrichtungen und die Annahme und die Verwaltung von Spar-einlagen. Der Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Errichtung von Siedlungsbauten in Heimstätten und Erdbauerecht.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft sind im Burgstädter Anzeiger und Tageblatt in der Weise zu veröffentlichen, daß zwei Vorstandsmitglieder der Firma ihre eigenhändige Namensunterschrift hinzufügen. 6694 Die Haussumme eines jeden Genossen beträgt 500 M., die Höchstzahl der Genossensanteile ein Hundert.

a) Oscar Richard Müller, Handhabfabrikant, b) Gustav Martin Brandt, Lehrer, c) Oskar Otto Rathkes, Kassenspieler, sämtlich in Hartmannsdorf, sind Mitglieder des Vorstandes. Willensklärungen des Vorstandes sind für die Genossenschaft verbindlich, wenn zwei Vorstandsmitglieder sie abgeben. Die Zeichnung der Firma der Genossenschaft durch den Vorstand geschieht in der Form, daß zwei Vorstandsmitglieder der Firma ihre eigenhändige Namensunterschrift hinzufügen. Burgstädt, 8. Nov. 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 275 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Gebr. Reichel Stahlfabrik, Lisa (Des. Tredden) und als deren Gesellschafter die Kaufleute Bernhard Oskar Reichel, Kurt Arthur Reichel in Großpössa und Kurt Hellmut

Reichel in Sprechitz. Die Gesellschaft ist am 5. Mai 1919 errichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Eisenblechen. 6696 Amtsgericht Dippoldiswalde, 28. Okt. 1921.

Auf Blatt 276 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Hans Fuh in Dippoldiswalde und als ihr Inhaber der Kaufmann Hans Fuh in Dippoldiswalde eingetragen worden. — Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Haus- und Küchengeräten, Glas, Porzellan und Steinzeug, Galanterie- und Spielwaren, Waffen und Munition. 6696 Amtsgericht Dippoldiswalde, 4. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 12516, betr. die Gesellschaft Zabat. u. Cigarettenfabrik „Zulima“ J. E. Wolff Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Zum Vertretenden Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Fritz Gerhard Tannemann in Dresden. Seine Prokura ist erloschen. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Paul Hähnle in Dresden. Er ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zu vertreten.

2. auf Blatt 16756: Die offene Handelsgesellschaft Graf & Frede in Dresden. Gesellschafter sind der Fabrikant Rudolf Graf und der Kaufmann Hugo Frede, beide in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Geschäftszweig: Schuhfabrikationsgeschäft. Geschäftszweig: Wittenberger Straße 32.

3. auf Blatt 12889, betr. die Firma Teletidubureau Carl Jahnke in Dresden: Die Kaufmannsfrau Gertrud Ida Schmitz geb. Flöhner ist ausgeschieden. Der Kaufmann Carl Friedrich Jahnke in Dresden ist Inhaber. 6714 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 8. Nov. 1921.

Im Handelsregister ist am 3. November 1921 auf Blatt 16 für den Stadtbezirk (Firma: G. G. Zäpfel Söhne in Eibenrod) eingetragen worden: Die Prokura des Kaufmanns Paul Otto Zäpfel Söhne in Berlin ist erloschen. 6697 Amtsgericht Eibenrod, am 7. November 1921.

In das Handelsregister ist heute auf dem für die Firma Aktiengesellschaft König Friedrich-August-Hütte in Gittersee bestehenden Blatte 467 eingetragen worden: Die außerordentliche Hauptversammlung vom 25. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um eine Million fünf-hunderttausend Mark, in eintausendneunhundert-fünfzig Aktien zu je eintausendneunhundert Mark verfassend, mithin auf fünf Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 31. Dezember 1881 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 25. Oktober 1921 weiter abgeändert worden.

Weiter wird noch bekanntgegeben: Die auf den Inhaber lautenden neuen Aktien werden zum Kurse von 130 % ausbezahlt. 6691 Amtsgericht Freital, den 5. November 1921.

Auf Blatt 169 des Handelsregisters ist heute die Firma Apelt & Treßler in Niederrupperdorf eingetragen worden. Gesellschafter sind die Fabrikanten Karl Hermann Apelt und Gustav Emil Treßler, beide in Niederrupperdorf. Die Gesellschaft ist am 1. September 1921 errichtet worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer mechanischen Weberei. 6692 Amtsgericht Herrnhut, den 5. November 1921.

Auf Blatt 163 des hiesigen Handelsregisters betr. die Firma Chem. Fabrik und Ceraminitium „Brom“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Elsdorf, ist am 5. November 1921 eingetragen worden: Die Gesellschaft haben durch Beschluß vom 24. März 1921 das Stammkapital auf 500.000 M. erhöht. Gegenstand des Unternehmens ist nach demselben Beschluß die Fabrikation und

Der Einjochler vom Schredhorn.

Hochgebirgsroman von R. V. Hohentosen. (Fortsetzung zu Nr. 259.)

„Aber da löste ihn Rita bereits aus seiner Unsicherheit ab und antwortete: „Rama hat mit mir darüber gesprochen.“ Um vieles freudiger klang nun seine Stimme: „Natürlich, ganz natürlich! Ich habe das auch erhofft. Und du? Du bist einverstanden?“ „Gewiß! Schließlich muß einmal ein bestimmter Termin festgesetzt werden.“ „Aber wann, wann? Rama meinte, daß man eigentlich nicht mehr zu lange warten dürfe.“ „Ich möchte Rama nicht widersprechen.“ „Du bist wirklich der gleichen Meinung?“ „Ja!“ „Rita! Ich fürchtete immer, daß du vielleicht wieder eine Verzögerung suchen würdest. Natürlich... Du mußt das schon begreifen, denn diesen Wunsch zu einer baldigen Vermählung, zu einer baldigen Hochzeit sprich ich nicht zum erstenmal aus. Nun bin ich ganz überzeugt. Ich freue mich so sehr.“ Dabei trat er dicht vor Rita hin und erfaßte deren Hand, die er mit einer raschen Bewegung an seine Lippen führte. Rita wehrte sich gegen diese Zärtlichkeit nicht, wenn sie auch mit dicht zusammengeschobenen Brauen auf ihn niederschaute, der dabei gebüht vor ihr stand. „Ich überlasse es dir, den Tag zu bestimmen, aber ich möchte, daß auch du mit dafür einen Wunsch erlaßt.“ Bonomi richtete sich auf: „Jeden! Du weißt, daß ich keinen Augenblick zögere, wenn ich um deinetwillen etwas tun kann. Wirst du einen besonderen Schmutz? Oder was soll es sein?“ „Du wirst also den Tag bestimmen?“ „Natürlich, freilich, da du mir das ja überlassen willst.“ „Und hast du schon einen Tag geplant?“ „Das nicht, nein! Aber ich dachte an eine Abreise in der nächsten Woche; da könnte dann die Hochzeit

immerhin schon in sechs Wochen stattfinden, natürlich, wenn du nichts dagegen einzuwenden hast.“ Für den Augenblick schlossen sich die Lippen Ritaa dicht zusammen. Eine Abreise in der kommenden Woche! In sechs Wochen die Hochzeit. So schnell! Und die Verge tiefen sie! In der nächsten Woche die Hochzeit. Nur wie eine Flucht erschien es ihr. Noch einmal... noch einmal... War es nicht, als löste das Schredhorn zu ihr herab. Noch einmal... Da hob sie den Kopf. „Was sollte ich dagegen einzuwenden haben? Ich überließ dir doch die Bestimmung. Aber...“ Unsicher klang nun sein Einwand. „Du hast also doch etwas dagegen?“ „Rein, aber ich stelle einen Gegenwunsch.“ „Das? Natürlich, ja, du sagtest das schon. Natürlich ist er erfüllt, ohne weiteres. Ganz natürlich! Was soll es sein?“ Die Gestalt Ritaa streckte sich und ihre Augen sahen zu dem offenen Fenster hin, durch das im Hintergrund neben der Schredhornwand die Silber-spitze des Schredhorns zu sehen war. „Ich will noch einmal auf das Schredhorn hinauf.“ „Enttäuscht von dem völlig unerwarteten und auch Unbegreiflichen wuß Paul Bonomi einen Schritt zurück. „Das... das ist es?“ „Du hast meine Zustimmung schon gegeben.“ „Natürlich, ja, natürlich! Aber du warst doch bereits oben, und es ist doch da nichts anderes zu sehen als nur Felsen und Eis und Steine. Und so!“ Wieder spielte ein unmerkliches Lächeln über das Gesicht Ritaa, als sie darauf nickte: „Freilich, weiter ist nichts zu sehen als Fels und Eis.“ „Na also! Da kann doch auch beim zweiten Aufstieg nicht mehr zu sehen sein. Und dabei ist die Höhe nicht einmal ganz ungefährlich. Der alte Führer,

der Koberegger, hat es mir schon erzählt. Was kannst du nur da oben wollen?“ „Hinauf!“ „Mit einem verlegenen Ausdruck schaute Bonomi auf Rita. Dies eine Wort war ihm zu unverständlich. Hinauf! War dieser Wille wirklich ein Ziel, auf dem man bestehen bleiben konnte? Hinauf, wo doch wirklich nichts als Fels und Eis zu finden und zu sehen war, wo noch dazu der Weg durch Gefahren erkämpft werden mußte? Etwas verstand er immerhin davon. Das wollte er ihr auch sagen. Und er entgegnete: „Gewiß! Das ist ein Sport! Natürlich habe ich für so etwas Verständnis! Ich habe selbst schon einmal daran gedacht, mir einen Rennstall zuzulegen. Aber wenn du doch schon oben warst, gewiß eine Leistung, natürlich, ich gebe das zu, dann braucht so etwas doch nicht wiederholt zu werden. Das... das verheiß ich nicht.“ „Ich verlange das auch nicht von dir. Was es ist, das mich gerade wieder auf das Schredhorn zieht, das läßt sich mit Worten auch kaum erklären. Jedemfalls gabst du ja schon deine Zustimmung und ich bin dir dafür dankbar.“ „Natürlich, ja! Freilich gab ich mein Wort schon, aber an das habe ich dabei doch nicht denken können, an das am allerwenigsten. Du wirst doch nicht wieder da in der Höhe oben bleiben wollen, wo nur so ein Seil und dann ein so merkwürdiger Halbhart haust. Das geht schieflich nicht.“ „Ich denke, daß du dein Wort nicht brichst? Sagst du das nicht einmal?“ „Jetzt ist sich Paul Bonomi zusammen; sie sollte wissen, daß er seine Ehre hatte. „Natürlich! Es war mir nicht nötig, mich daran zu erinnern. Ich halte mein Wort. Natürlich! Es gibt da keine andere Möglichkeit, aber ich werde selbstverständlich mitgehen.“ „Du? Auf das Schredhorn?“ „Natürlich! Es bleibt nichts anderes übrig. Als meine Braut darfst du nicht wieder eine Nacht allein mit zwei Männern in einer Höhle zusammenbleiben. Unmöglich. Und da du deinen Wunsch doch erfüllst

haben sollst, so gehe ich eben mit. Das ist doch ganz natürlich.“ „Du? Aber Paul? Bist du je im Fels geklettert? Wirst du je auf einem Berge? Wirst du auch nur, was da von einem Menschen verlangt wird?“ „Dafür gibt es doch Führer. Die sind doch dazu da! Wo?“ „Für einen Augenblick dachte Rita daran, wie das wohl sein würde, wenn Paul Bonomi in dem Ramin des Schredhorns hängen möchte oder gar am Seil über der plattigen Wand hängen sollte. Rein, das durfte nicht sein. Nicht schon um der völligen Unmöglichkeit willen, sondern auch aus einem anderen Grunde, den sie ihm ebenso wenig erklären konnte. Wenn sie hinauf in diese gewaltigen Einsamkeit wollte, wenn sie etwas hinaufsteige und tief, dann mußte sie allein gehen, dann mußte es sein, um für Stunden Reinheit und Schönheit zu genießen. Dann mußte sie alles, was sie an diese Welt hier unten erinnerte, auch unten lassen. Langsam schüttelte sie den Kopf. „Rein! Damit würde mein Wunsch nicht erfüllt sein. Ich will allein hinauf.“ „Aber... aber das geht doch nicht. Was würden da die Leute sagen, wenn dies bekannt werden sollte.“ „Was die Leute sagten! Das war es! Es gab in dieser Welt hier unten weder einen eigenen Willen noch einen eigenen Richter über das eigene Tun. Was die Leute sagten, das war zu jeder Handlung das Gericht.“ „Dannach frage ich nicht! Ich kann auch gar keine Gefahr in dem Felsen, was ich will. Was ich schon einmal tat, kann ich doch nochmals tun.“ „Aber ich bin doch dein Bräutigam.“ „Was hat das damit zu tun?“ „Du möchtest dann wieder da oben.“ „Jetzt lieh Rita sogar ein lautes, silbernes Klingendes Lachen hören: „Ist das deine ganze Furcht?“ „Das geht nicht. Ich begreife dich nicht. Wie kannst du über eine solche Sache auch noch lachen?“ (Fortsetzung folgt.)

der gewerbmäßige Betrieb von chemischen Produkten aller Art, insbesondere von pharmazeutischen, Serumpräparaten und Impfstoffen, ferner die Ausarbeitung und Verwertung von chemischen, elektrochemischen, bakteriologischen und serologischen Verfahren, sowie der Erwerb und die Anwendung von Patenten und Verfahren aller Art auf diesen oder verwandten Gebieten, schließlich der Betrieb landwirtschaftlicher Unternehmungen und die Verwertung aller dabei erzielten Produkte. Der Gesellschaftsvertrag vom 24. Mai 1920 ist durch den gleichen Beschluss laut Notariatsurkunde vom 24. März 1921 auch in anderen Punkten abgeändert worden. Der Geschäftsführer Kaufmann Albert Gähler, Leipzig, Grohndorferstraße 2, ist ausgeschieden. Zu Geschäftsführern bestellt sind a) der Professor Ludwig Heise, Berlin, Regentstraße 24, b) der Direktor Edgar Kregler, Olshausen bei Leipzig. Nach dem Gesellschaftsvertrag vom 24. März 1921 wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. 6698 Amtsgericht Bad Naußig, 7. November 1921.

Auf Blatt 30 des Genossenschaftsregisters, betreffend die Firma Allgemeine deutsche Spat- und Verzinsungsfabrik für Leichter (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) in Leipzig, ist heute folgendes eingetragen worden: Das Statut ist in den §§ 11, 12, 13 und 46 abgeändert worden. Abschnitt des Beschlusses Nr. 313 der Registerakten. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen nicht mehr in der Leipziger Zeitung. Die Gesamtsumme eines jeden Genossen beträgt dreihundert Mark für jeden Geschäftsanteil. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, ist auf zehn bestimmt. 6699 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 7. Nov. 1921.

Auf Blatt 864 des Handelsregisters hier über die Maschinenfabrik Gröner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Reichen, wurde heute eingetragen: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Geschäftsführer vom 23. September 1921 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von Maschinen und Apparaten, insbesondere von modernen Schmierorganen nach den in- und ausländischen Patenten des Schiffsingenieurs Gröner jun. auf Grund besonderen Vertrages, sowie deren Ersatzteile, Dampfmaschinen, Ventile verschiedener Art, sowie der Erwerb gleicher und ähnlicher Unternehmungen und Beteiligung an solchen, sowie der Erwerb und die Verwertung von Patenten und Gebrauchsmustern. Die Gesellschaft soll auch berechtigt sein, Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten und, soweit es ihr Geschäftsinteresse erforderlich macht, Grundstücke und Betriebsanlagen zu erwerben und zu errichten. Das Stammkapital beträgt hundertdreißigtausend Mark. Der Kaufmann Emil Deutsch in Weissen ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Hans Wehner in Reichen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so steht die Vertretung der Gesellschaft nur zwei Geschäftsführern gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zu. 6700 Reichen, 7. Nov. 1921. Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: 1. am 5. November 1921 auf Blatt 68, die offene Handelsgesellschaft in Firma S. Heymann in Ostroff betz.

Die bisherigen Gesellschafter Fabrikbesitzer Hermann Wehner in Ostroff und Fabrikbesitzer Richard Hauptmann in Jittau sind ausgeschieden. Das Handelsregister ist von der Aktiengesellschaft S. Heymann Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Ostroff erworben worden. Die Firma lautet künftig S. Heymann Aktiengesellschaft. Der Sitz der Gesellschaft ist Ostroff.

Der Gesellschaftsvertrag der Erwerberin ist am 9. September 1921 festgestellt worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Weiterbetrieb der unter der Firma S. Heymann in Ostroff bestehenden mechanischen Seidenweberei, Färberei und Appreturanstalt, der Betrieb der Weberei, Färberei und Appretur und der Handel mit Rohstoffen und Fabrikaten der Textilindustrie. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen unter der gleichen oder einer besonderen Firma im In- und Auslande errichten und sich an anderen Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen, auch solche erwerben und erwerben wieder veräußern.

Das Grundkapital beträgt acht Millionen Mark in achtaufundzwanzig Aktien zu eintausend Mark je Aktie.

Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt a) der Fabrikant Richard Hauptmann in Jittau, b) der Fabrikant Hermann Wehner in Ostroff. Jeder von ihnen ist berechtigt, für sich allein die Gesellschaft zu vertreten und ihre Firma zu zeichnen. Im übrigen bedarf es zu Willensklärungen der Gesellschaft der Zustimmung zweier Vorstandsmitglieder oder eines Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen oder zweier Prokuristen. Der Aufsichtsrat ist jedoch ermächtigt, einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten, sowie ferner berechtigt, für einen im voraus bestimmten Zeitraum einzelne seiner Mitglieder zu Stellvertretern von behinderten Mitgliedern des Vorstandes zu bestellen.

Lohnbewegung.

Der Zentralverband der Angestellten (Ortsgruppe Dresden) bittet uns um Abdruck der folgenden Erklärung: Der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter - Verbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Bund und der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten) schreibt in der Nr. 257 der Sächsischen Staatszeitung, daß er seit längerer Zeit mit dem Arbeitgeberverband des Einzelhandels wegen Erhöhung der Tarifgehälter in Verhandlungen setze und glaubt durch eine Zwischenbemerkung feststellen zu können, daß insoweit sich auch die anderen Epigenorganisationen - in diesem Falle also der D. V. u. G. d. A. - mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung gesetzt hätten. Der Ordnung halber möchten wir folgendes feststellen: Obwohl der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter Verbände das mit den anderen beiden Epigenorganisationen getätigte Einzelhandelsabkommen vom 20. August d. J. ebenfalls mündlich akzeptiert hatte, er später aber die Unterschriftleistung ablehnte, glaubte er nunmehr eine Betriebsabteilung von 1000 M. für Betriebsrat und 700 M. für

Jeder der auf dem genannten Registerblatte bereits eingetragenen Prokuristen: Gustav Wolff Hermann Dietrich Georg Korte und Adolf Hubert in Ostroff, sowie Johann Friedrich Gotthold Lott und Friedrich Bruno Geschwinde in Ostroff, kann die Gesellschaft außer mit einem anderen Prokuristen gemeinschaftlich mit einem Mitgliede des Vorstandes vertreten.

Hierüber wird aus dem Gesellschaftsvertrage und den bei der Anmeldung weiter eingereichten Schriftstücke folgendes bekanntgemacht:

Der Vorstand der Aktiengesellschaft besteht aus einer Person oder mehreren Personen. Dem Aufsichtsrate liegt es ob, die Zahl der Vorstandsmitglieder zu bestimmen, diese zu ernennen und abzurufen und Anstellungsverträge mit ihnen abzuschließen. Bestellung und Widerruf erfolgen zu notariellem Protokoll. Die Berufung der Generalversammlung der Aktionäre erfolgt durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat durch öffentliche Bekanntmachung dergestalt, daß zwischen dem Tage der Bekanntmachung und dem Tage der Generalversammlung eine Frist von mindestens zwei Wochen zuzüglich der in § 26 des Gesellschaftsvertrages bestimmten Hinterlegungsfrist von vier Werktagen liegt. Der Tag der Berufung und der Tag der Generalversammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.

Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch einmalige Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Sie sind zu unterzeichnen, wie es der Gesellschaftsvertrag für die Zeichnung der Gesellschaftsfirmen vorschreibt. Erteilt der Aufsichtsrat die Bekanntmachung, so soll der Firma und die Unterzeichnung des Vorstehenden oder seines Stellvertreters hinzugefügt werden.

Die Aktien lauten auf den Inhaber, sie werden zum Nennwerte ausgegeben. Gründe der Gesellschaft sind: 1. die Aktiengesellschaft in Firma S. Heymann in Jittau, 2. der Fabrikbesitzer Richard Hauptmann in Jittau, 3. der Fabrikbesitzer Hermann Wehner in Ostroff, 4. der Fabrikbesitzer Adolf Jäger in Jittau, 5. der Dr. jur. August Weber in Berlin.

Die Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind der Kaufmann Arthur Schiller in Jittau sowie die vorstehend unter 4 und 5 Genannten.

Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Die vorstehend unter 2 und 3 genannten Gründer bringen das bisher von ihnen als offene Handelsgesellschaft unter der Firma S. Heymann in Ostroff betriebene Fabrikations- und Handelsgeschäft mit allen Aktiven und Passiven mit Ausnahme von einer Million Mark Kapitalanteile in die Gesellschaft ein. Zu den eingetragenen Aktiven Grundbesitz Nr. 194a, 194b des Flurbuchs für Ostroff Stadt und Nr. 595, 596, 641b des Flurbuchs für Ostroff Flur, einschließlich sämtlicher zum Betriebe gehöriger Maschinen und Gerätschaften, auch übertragene die genannten beiden Gründer auf die Aktiengesellschaft das ihnen zuzehende Recht zur Führung der Firma S. Heymann. Die Eintragung erfolgt auf Grund der dem Gesellschaftsvertrage als Anlage beigefügten gemäß der Bilanz der offenen Handelsgesellschaft in Firma S. Heymann für den 30. Juni 1921 gefertigten Aufstellung zu 21 940 357 M. 81 Pf. Die übernommenen Passiven betragen 20 940 357 M. 81 Pf. Die Aktiengesellschaft in Firma S. Heymann Aktiengesellschaft gewährt für die Einbringung der Aktiven abzüglich der übernommenen Passiven, also für eine Million Mark netto Einbringungsbetrag, an die Gründer Hauptmann und Wehner eine Million Mark Aktien zum Nennwerte. Das Geschäft der offenen Handelsgesellschaft in Firma S. Heymann gilt vom 1. Juli 1921 ab als für Rechnung der Aktiengesellschaft in Firma S. Heymann Aktiengesellschaft geführt.

Die Aktiengesellschaft trägt sämtliche Kosten, die durch die Errichtung der Aktiengesellschaft, deren Vorbereitung, sowie durch die Übertragung der eingetragenen Gegenstände entstehen.

Es können eingeleitet werden die mit der Anmeldung der Aktiengesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere die Prüfungsberichte des Vorstandes und Aufsichtsrates und der Prokuristen bei dem unterzeichneten Amtsgerichte, der Prüfungsbericht der Revisoren außerdem bei der Handelskammer Jittau.

2. am 7. November 1921 auf Blatt 76, die Firma Paul Allat in Ostroff betz.: Die Firma ist erloschen. 6715 Amtsgericht Ostroff, am 7. November 1921.

Die auf Blatt 77 des Handelsregisters eingetragene, nicht mehr bestehende Firma Hans Jung in Ostroff soll von Amts wegen gelöscht werden. Der als Firmennachfolger eingetragene Kaufmann Richard Hans Henning Jung oder seine Rechtsnachfolger werden aufgefordert, etwaige Widersprüche gegen die Löschung der Firma bis zum 28. Februar 1922 geltend zu machen. 6716 Amtsgericht Ostroff, am 7. November 1921.

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Reichenbach sind eingetragen worden:

am 17. Oktober 1921: 1. auf Blatt 1152, die Firma Bernhard Arnold in Reichenbach betz.: Bernhard Hermann Arnold ist ausgeschieden; am 22. Oktober 1921:

2. auf Blatt 1258, die Firma Johannes Thiele, Zweigniederlassung Reichenbach, betz.: Die Zweigniederlassung in Reichenbach ist aufgehoben worden;

3. auf Blatt 1329, die Firma Bogisländische Wurst- u. Fleischwarenfabrik Robert Dieck, Reichenbach i. S. betz.: Die Firma des Einzelkaufmanns, Fleischwarenhändlers Fritz Robert Dieck in Reichenbach ist erloschen; am 29. Oktober 1921:

4. auf Blatt 118, die Firma G. Hempel in Reichenbach betz.: Ludwig Otto Hempel ist ausgeschieden. a) Hedwig Henriette Sophie veru. Hempel geb. Seherlich in Reichenbach, b) der Fabrik Heinrich Ferdinand Werner Hempel daselbst, c) der Student Ernst Otto Hempel in Dresden, d) die minderjährige Alice Bertha Hilde Hempel, geboren am 12. Juli 1910, gesetzlich vertreten von ihrer Mutter Hedwig Henriette Sophie veru. Hempel geb. Seherlich in Reichenbach, e) der Kaufmann Herbert Hempel in Reichenbach sind in die Gesellschaft eingetreten. Die unter a, c und d Genannten sind von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Heinrich Ferdinand Werner Hempel und Herbert Hempel können die Gesellschaft nur zusammen mit einem der Gesellschafter Rog und Heinrich Adolph Hempel vertreten;

5. auf Blatt 1208, die Firma Hermann Wolf in Priesen betz.: Die Firma ist erloschen. 6702 Amtsgericht Reichenbach i. S., 1. Nov. 1921.

Im Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Reichenbach sind eingetragen worden am 1. November 1921:

1. auf Blatt 1289, die Firma Hermann Meyer, Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Oberplan betz.: Die Generalversammlung vom 1. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 20 000 000 M. (zwanzig Millionen Mark) in 20 000 Stück Aktien zu je 1000 Mark je Aktie, mithin auf 30 000 000 M. (dreißig Millionen Mark) beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss vom 1. Oktober 1921 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in § 3, Abs. 1 abgeändert worden. Weiter wird bekanntgegeben: Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 112 Prozent ausgegeben;

2. auf Blatt 1291, Firma Sulten Maschinenfabrik mit beschränkter Haftung, Berlin, Zweigniederlassung Wlaxen betz.: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 21. Mai 1921 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Vertretung der Gesellschaft geändert. Danach wird die Gesellschaft von einem Geschäftsführer oder von mehreren Geschäftsführern vertreten. Jeder der Geschäftsführer ist zur selbständigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Prokuristen vertreten die Gesellschaft gemeinschaftlich entweder mit einem Geschäftsführer oder mit einem zweiten Prokuristen. Procura ist erteilt a) dem Kaufmann Willy Timpe, b) dem Kaufmann Wilhelm Hrehlich, beide in Berlin, c) dem Ingenieur Josef Hell in Wlaxen i. S., dem Stell mit der weiteren Bestimmung, daß die Vertretung nur für die Zweigniederlassung Wlaxen erfolgt;

3. auf Blatt 1331, Firma Schenter & Co., Berlin, Zweigniederlassung Reichenbach i. Sogil, betz.: Procura ist erteilt den Kaufleuten a) Wilhelm Hildner in Berlin, b) Arthur Glibian in Berlin-Wilmersdorf. Jeder darf die Gesellschaft nur gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen vertreten;

4. auf Blatt 1342, Firma Fedensfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Reichenbach betz.: Die Firma ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 4. Oktober 1921 geändert worden und lautet künftig: Schmidt & Schäfer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Reichenbach i. S. Jetzt Schmidt & Schäfer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Reichenbach i. S. künftig erworben und die Firma auf letztgenannte Gesellschaft übertragen worden. Die Procura der Kaufleute Johannes Max Alfred Schmidt und Wilhelm Eduard Moritz Schäfer ist erloschen; am 2. November 1921:

auf Blatt 696, Firma Färbereien und Appreturanstalten Georg Schieber, Aktiengesellschaft Reichenbach betz.: Procura ist erteilt a) dem Färbereidirektor Carl Meier, b) dem Kaufmann Otto Wegener, beide in Ostroff, c) dem Kaufmann Franz Jacob, d) dem Färbereimeister Otto Schladebach, beide in Reichenbach i. S. Zwei von ihnen oder einer von ihnen in Gemeinschaft mit einem der bereits im Handelsregister eingetragenen Prokuristen können die Gesellschaft und zwar sowohl in bezug auf die Haupt- als auch auf die Zweigniederlassung vertreten. 6703 Amtsgericht Reichenbach, am 3. November 1921.

In das Handelsregister des unterzeichneten Amtsgerichts ist eingetragen worden:

am 29. Oktober 1921: 1. auf dem Blatte 740 die Firma Josef Krgmann in Schwarzenberg und als deren Inhaber der Bau- geschäftsinhaber Josef Krgmann in Schwarzenberg- Sachsenfeld; ferner daß dem Techniker Alfred Behnel in Raschau Procura erteilt worden ist; am 4. November 1921

2. auf dem Blatte 649, die Firma Hartmann u. Kräher, Metall- und Lackwarenfabrik, Schwarzenberg in Sachsen betz., daß die Firma künftig Karl Hartmann lautet, der Fabrikant Hermann Friedrich Kräher in Schwarzenberg ausgeschieden und die offene Handelsgesellschaft aufgelöst ist, und am 7. November 1921

3. auf dem Blatte 559, die Firma Jungmansöhne in Rittersgrün betz., daß der Kaufmann Edmund Guido Jungmans in Rittersgrün seit dem 12. September 1921 als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen und ein Kommanditist ausgeschlossen ist. 6704 Amtsgericht Schwarzenberg, 8. Nov. 1921.

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 881, betz. die Firma Waldemar Strosch in Jittau: Der Kaufmann Waldemar Strosch in Jittau ist als Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetreten. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat mit dem 1. Januar 1920 begonnen;

2. auf Blatt 883, betz. die Firma G. C. Heydemann in Jittau, Zweigniederlassung der Firma G. C. Heydemann in Wauzen: Procura ist erteilt dem Kaufmann Richard Schuber in Dresden. Er darf die Firma nur in Gemeinschaft mit einem Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten vertreten;

3. auf Blatt 932, betz. die Firma Carl Weß in Jittau: Emma veru. Weß geb. Wehnhard in Jittau ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann Max Richter führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma als Alleininhaber fort;

4. auf Blatt 1286, betz. die Firma Gotthold Zähler in Jittau: Die der ledigen Caroline Gertrud Weßel in Jittau erteilte Procura ist erloschen;

5. auf Blatt 1515 die Firma Gebr. Morawetz mit dem Sitz in Jittau. Gesellschafter sind die Kaufleute Otto Walter Morawetz und Erwin Willy Morawetz, beide in Jittau. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1921 errichtet worden; 6705 Amtsgericht Jittau, den 4. November 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 2492 die Kommanditgesellschaft unter der Firma Gilmann & Co., in Jwidau, Frieda Lina led. Gilmann in Jwidau ist persönlich haftende Gesellschafterin. Es ist ein Kommanditist vorhanden. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Groß- und Kleinhandel mit Tabak und Zigarfabrikaten;

b) auf Blatt 2493 die Firma Jöppel & Schäfer in Jwidau. Der Kaufmann Ernst Kurt Schäfer in Jwidau ist Inhaber. Procura ist erteilt dem Kaufmann Richard Böhm in Jwidau. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Kolonialwaren, Mehl, Getreide und Futtermitteln;

c) auf Blatt 2490, die Firma Gertrud Schuchling veru. gew. Wehner, hier, betz.: Gertrud veru. Schuchling veru. gew. Wehner geb. Heße ist ausgeschieden. Der Schuhmachermesster und Schuhwarengeschäftsinhaber Georg Gustav Wehning in Jwidau ist Inhaber. 6693 Amtsgericht Jwidau, den 3. November 1921.

Die Einlagebücher hiesiger Sparkasse Nr. 30607, lautend auf Anna Strauß in Jöbitz, - 34076, - Karl Ernst Julius Rall- oßen in Gämmerwolde, - 35159 u. 35160, lautend auf Emil Bruno Rall- oßen in Gämmerwolde, - 15434, lautend auf Minna Strauß in Reitzdorf, - 1458, - Christiane Concordie Arnold in Niederjorsheim, - 35049, - Ella Johanna Wöhl in Sayda, - 17386, - Ida Minna Schröder in Gämmerwolde, - 28200 u. 25424, lautend auf Paul Gerhard Färberfeld in Illersdorf, 6709

sind abhanden gekommen. Nach § 22 unserer Sparkassenordnung wird der Verlust dieser Bücher mit der Aufforderung bekanntgegeben, rechtliche Ansprüche an dieselben bei Vermeidung deren Verlustes binnen 90 tägiger Frist, von Ergehen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Stadtrate anzumelden, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist die bezeichneten Bücher für unrichtig erklärt werden. Sayda, 7. November 1921. Der Stadtrat.

am 2. November 1921: auf Blatt 696, Firma Färbereien und Appreturanstalten Georg Schieber, Aktiengesellschaft Reichenbach betz.: Procura ist erteilt a) dem Färbereidirektor Carl Meier, b) dem Kaufmann Otto Wegener, beide in Ostroff, c) dem Kaufmann Franz Jacob, d) dem Färbereimeister Otto Schladebach, beide in Reichenbach i. S. Zwei von ihnen oder einer von ihnen in Gemeinschaft mit einem der bereits im Handelsregister eingetragenen Prokuristen können die Gesellschaft und zwar sowohl in bezug auf die Haupt- als auch auf die Zweigniederlassung vertreten. 6703 Amtsgericht Reichenbach, am 3. November 1921.

Die auf Blatt 77 des Handelsregisters eingetragene, nicht mehr bestehende Firma Hans Jung in Ostroff soll von Amts wegen gelöscht werden. Der als Firmennachfolger eingetragene Kaufmann Richard Hans Henning Jung oder seine Rechtsnachfolger werden aufgefordert, etwaige Widersprüche gegen die Löschung der Firma bis zum 28. Februar 1922 geltend zu machen. 6716 Amtsgericht Ostroff, am 7. November 1921.

Die auf Blatt 77 des Handelsregisters eingetragene, nicht mehr bestehende Firma Hans Jung in Ostroff soll von Amts wegen gelöscht werden. Der als Firmennachfolger eingetragene Kaufmann Richard Hans Henning Jung oder seine Rechtsnachfolger werden aufgefordert, etwaige Widersprüche gegen die Löschung der Firma bis zum 28. Februar 1922 geltend zu machen. 6716 Amtsgericht Ostroff, am 7. November 1921.

Sächsische Holzverarbeitervereinigungen.

| Amthauptmannsch. u. Revier | Masse in Fm | Holzart und Form | Preis je Fm in Mark | | | | |
|----------------------------|-------------|------------------|---------------------|-------|-------|-------|----------|
| | | | b. 13-12 | 16-15 | 23-22 | 30-29 | a. u. c. |
| Firma Mittel-dorf | 29. 109 | Fichte | 350 | 474 | 587 | 757 | |
| | | Fichte Stamm | 241 | 276 | 425 | 469 | 529 |
| | 10. 488 | Fichte Stamm | 8-149 | | | | |
| | | Fichte Stamm | 9-174 | | | | |
| 13 | 1050 | Fichte | 4-72 | | | | |
| | | Reisig | 5-117 | | | | |
| | 100 | Fichte | 6-125 | | | | |
| | | Reisig | 7-139 | | | | |

Im Mittelung von Verfeinerungsgeräten ersucht die Geschäftsstelle des Landesverbandes Sächs. Holzverarbeiter, Dresden-N., Striecker Str. 10.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Nach langjährigem, verdienstvollem Wirken ist am 1. November der Oberforstmeister Schlein...

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 9. November.

Der orkanartige Sturm in der Nacht vom Sonntag zum Montag hat auch im Straßenbahn-

Die im Westen und Südwesten von Deutschland und im Ausland aufgetretenen durch Schneesturm und orkanartige Winde hervorgerufenen

Aus Anlaß des 9. November bewegte sich ein Zug Feiernder vormittags durch die Straßen der Stadt.

Der zweite Vortrag über Berufsberatung (Dresdner Philologenverein) fand am 4. November in der Aula der Annerschule statt.

Die Wege zum Ingenieurberuf sind verschieden: 1. Nach Verlassen der Volksschule tritt man in die Lehre als ein Schlosser, Mechaniker usw. und besucht abends eine gute Gewerbeschule.

Im Herbstlichen Erziehungsverein wird Anfang Januar 1922 ein Lehrgang für Mütter und junge Mädchen beginnen.

Der deutsche Gewerkschaftsbund, Dresden, wird uns zu unserer Meldung in Nr. 258 unseres Blattes mitgeteilt, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund mit dem in der Betriebsrätezentrale getroffenen Beschluß, den 9. November als Feiertag zu behandeln,

Die Angehörigen des Dresdner Kleinhandels, zusammenberufen vom Bezirksausschuß der Kleinhandels zu Dresden, nahmen am Dienstag Stellung zur Gewerbesteuer.

Die Angehörigen des Dresdner Kleinhandels, zusammenberufen vom Bezirksausschuß der Kleinhandels zu Dresden, nahmen am Dienstag Stellung zur Gewerbesteuer.

Die Angehörigen des Dresdner Kleinhandels, zusammenberufen vom Bezirksausschuß der Kleinhandels zu Dresden, nahmen am Dienstag Stellung zur Gewerbesteuer.

Die Angehörigen des Dresdner Kleinhandels, zusammenberufen vom Bezirksausschuß der Kleinhandels zu Dresden, nahmen am Dienstag Stellung zur Gewerbesteuer.

Die Angehörigen des Dresdner Kleinhandels, zusammenberufen vom Bezirksausschuß der Kleinhandels zu Dresden, nahmen am Dienstag Stellung zur Gewerbesteuer.

Die Angehörigen des Dresdner Kleinhandels, zusammenberufen vom Bezirksausschuß der Kleinhandels zu Dresden, nahmen am Dienstag Stellung zur Gewerbesteuer.

Die Angehörigen des Dresdner Kleinhandels, zusammenberufen vom Bezirksausschuß der Kleinhandels zu Dresden, nahmen am Dienstag Stellung zur Gewerbesteuer.

ein bedeutendes Steuerauskommen entgegen lassen könne, das allein beim Konsumverein Bernsdorf 165 000 M. betrage, wenn man die inzwischen ziffermäßig weit überholte Bilanz von 1918/19 zugrunde lege.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

Die Verammlung des Kleinhandels zu Dresden vom 8. November 1921 erließ schärfsten Protest gegen die neue Landesgewerbesteuer, welche wiederum den notwendigen Lebensbedarf der Allgemeinheit verteuert.

hülle ein Ehrenmal errichtet worden, das zwischen zwei goldenen Säulen die Namen der Gefallenen verzeichnet zeigt.

Leipzig, Am 12. und 13. November d. J. findet hier ein Wiederlebensfest der ehem. Feldartilleristen 279 statt.

Kue. In Kue ist ein Museumverein gegründet worden, der für den Bezirk Schwarzenberg ein Museum wirtschafts- und kulturgeschichtlicher Art einrichten will.

Die Sitzung des Gemeinderats zu Döbnitz i. Erzgeb. hat der Gemeinderat zu Döbnitz i. Erzgeb. nach längerer Aussprache die kostenlose Totenbestattung gegen 4 bürgerliche Stimmen beschlossen.

Reichenbach. Bei den Elternratswahlen in Reichenbach i. V. sind 20 christliche und 12 sozialdemokratische Vertreter gewählt worden.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

Waldenburg. Hr. Stadtschreiber Gerhard Waldenburg teilt in einem Schreiben mit, daß er niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen sei und auch niemals irgendwelche Beziehung zu diesem Verein gepflogen habe.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

ein furchtbarer Sturm und harter Schneegestöber. Es liegt etwa 10 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt ungefähr 0 Grad.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

Auf Grund des Ges. vom 27. Mai 1918 zu belegen eine öff. Lehrstelle in Jachwitz b. Eicha, Geschl. Entf. Num. 13 d. M. (zum Bes.) sind bis zum 30. Nov. einzureichen; — die öff. Lehrstelle an der zweif. Schule zu Obernahrung b. Rabenau i. Erzgeb. Dr. C. für Fortbildungsschul- u. Turnunterricht 1600 M. jährl. Familienwohnung im Schulhause. Num. an den Bezirksschulrat in Marienberg bis zum 20. Nov.

Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung.

30. Oktober bis 5. November 1921.

(N.) Trotz der im allgemeinen günstigen Arbeitsmarktlage sprechen Anzeichen in einzelnen Berufsweilen für einen gewissen Stillstand des bisherigen Aufstiegs der Beschäftigungsmöglichkeit.

Infolge der fortgeschrittenen Jahreszeit waren bereits Einstellungen von Erb- und Bauarbeiten zu verzeichnen. Die Vermittlungstätigkeit war an einzelnen Orten merklich schwächer.

Einzelne Stellen an Gartenarbeitern und gelernten Gärtnerinnen, an Arbeitern für den Steinkohlenbergbau, an guten Facharbeitern für die Metallindustrie, an gelernten Tischlern, an Maurern und Zimmerleuten, an erstklassigen Arbeitkräften im Schneidergewerbe, an Tischlern, Stoffherstellerinnen, Juristinnen, Strohbindarbeiterinnen, an sachkundigen Verkaufstinnen und eingearbeiteten Stenotypistinnen, an weiblichem Hauspersonal und teilweise auch an Flechtinnen.

Im Erzgebirge zeigt sich keine wesentliche Besserung. Für Photographen und sonstige Berufsangehörige besteht keine Unterbringungsmöglichkeit. Des Handlungsgewerbe verlangt nach wie vor nur jüngere Kräfte. Für ungelernte Arbeiter besteht sich die Lage namentlich in Chemnitz und Leipzig.

Leipzig. Den im Weltkriege gefallenen 160 Mitgliedern des weit über die Grenzen Sachsens hinaus bekannten Akademischen Gesangsvereins „Paulus“ ist am Sonntag in der Pauliner-

Tageschronik.

Weitere Meldungen über schwere Sturmshäden.

Aus verschiedenen Orten Sachsens liegen uns folgende Nachrichten vor: Der gewaltige Schneesturm hat in Marienberg und der Umgebung mannigfachen Schaden angerichtet. In den Wäldern ist viel Schaden durch Baumbruch verursacht worden.

Aus verschiedenen Orten Sachsens liegen uns folgende Nachrichten vor: Der gewaltige Schneesturm hat in Marienberg und der Umgebung mannigfachen Schaden angerichtet. In den Wäldern ist viel Schaden durch Baumbruch verursacht worden.

Aus verschiedenen Orten Sachsens liegen uns folgende Nachrichten vor: Der gewaltige Schneesturm hat in Marienberg und der Umgebung mannigfachen Schaden angerichtet. In den Wäldern ist viel Schaden durch Baumbruch verursacht worden.

Aus verschiedenen Orten Sachsens liegen uns folgende Nachrichten vor: Der gewaltige Schneesturm hat in Marienberg und der Umgebung mannigfachen Schaden angerichtet. In den Wäldern ist viel Schaden durch Baumbruch verursacht worden.

Aus verschiedenen Orten Sachsens liegen uns folgende Nachrichten vor: Der gewaltige Schneesturm hat in Marienberg und der Umgebung mannigfachen Schaden angerichtet. In den Wäldern ist viel Schaden durch Baumbruch verursacht worden.

Aus verschiedenen Orten Sachsens liegen uns folgende Nachrichten vor: Der gewaltige Schneesturm hat in Marienberg und der Umgebung mannigfachen Schaden angerichtet. In den Wäldern ist viel Schaden durch Baumbruch verursacht worden.

Berlin, 8. November.

Die Kriminalpolizei hat am Dienstag vormittag in der Wohnung des Lehrers Kirchhoff, die sich in dem Schulhaus von Oglaw bei Mahlow befindet, dessen Geliebte tot aufgefunden. Es besteht Verdacht, daß der Lehrer seine Geliebte ums Leben gebracht hat.

Berlin, 8. November. Am Dienstag vormittag ist aus dem Mannet unter Zuhilfenahme von Zugangelle aus dem Schamm in der Nähe der Unfallstelle die Leiche des Kaufmanns Adolf Ellrich aus Dahlem geborgen worden.

Bochum, 8. November. Ein auf der Zeche „Emschermitte“ beschäftigter Schlosser erhielt aus Amerika Mitteilung, daß ihm von dort eine Erbschaft von 50 580 Dollars, nach dem heutigen Kurs 15 Mill. M., zugefallen sei.

Karlruhe, 8. November. In der Nacht zum Dienstag brach im Annwesen des Landwirts Eisenhut zu Rohrbach b. Eppingen Großfeuer aus, das infolge des starken Windes so rasch um sich griff, daß in kurzer Zeit 6 Wohnhäuser und 7 Scheunen niedergebrannt sind.

Zeulenroda, 8. November. Der am 1. November verstarbene unverheiratete Fabrikbesitzer Frank Schopper, Wittinhaber der Firma Heinrich Schopper, hat die Stadt Zeulenroda zur Universalerbis seiner mehrere Millionen Mark betragenden Vermögens eingetakt.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Berlin, 8. November. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat gestern nachmittag die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru begonnen, der des Mordes an zehn Frauen und an einem jungen Mann beschuldig wird.

Anzeigen.

Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus, Freitag, 11. November, „Fidelio“. Fernando — Arthur Heisler, Bisarro — Friedrich Flaiche, Grotstein — Curt Tauscher, Leonore — Charlotte Biered-Rimpel, Norco — Georg Gottmayer, Marcelline — Angela Kohnat, Jacquo — Hans Rüdiger. Musikalische Leitung: Feig Reiner. Spielzeitung: Georg Hartmann. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentraltheater. In der Eröffnung der Operette „Der Aigenerprimas“ von Julius Wilhelm und Fritz Grünbaum, Musik von Emmerich Kálmán sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Gretel Hüfner, Elisabeth Friedrich und Maria Busch-Rotmar, sowie die Herren: Viktor Wagner, Robert Bräse, Carl Gebhardt-Hardt, Franz Ködel und Otto Kralik. Inszenierung: Oskar Lang. Musikalische Leitung: Feig Reiner. Bühnenbilder: Oskar Potopul. Feig Reiner. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentraltheater. In der Eröffnung der Operette „Der Aigenerprimas“ von Julius Wilhelm und Fritz Grünbaum, Musik von Emmerich Kálmán sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Gretel Hüfner, Elisabeth Friedrich und Maria Busch-Rotmar, sowie die Herren: Viktor Wagner, Robert Bräse, Carl Gebhardt-Hardt, Franz Ködel und Otto Kralik. Inszenierung: Oskar Lang. Musikalische Leitung: Feig Reiner. Bühnenbilder: Oskar Potopul. Feig Reiner. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentraltheater. In der Eröffnung der Operette „Der Aigenerprimas“ von Julius Wilhelm und Fritz Grünbaum, Musik von Emmerich Kálmán sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Gretel Hüfner, Elisabeth Friedrich und Maria Busch-Rotmar, sowie die Herren: Viktor Wagner, Robert Bräse, Carl Gebhardt-Hardt, Franz Ködel und Otto Kralik. Inszenierung: Oskar Lang. Musikalische Leitung: Feig Reiner. Bühnenbilder: Oskar Potopul. Feig Reiner. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentraltheater. In der Eröffnung der Operette „Der Aigenerprimas“ von Julius Wilhelm und Fritz Grünbaum, Musik von Emmerich Kálmán sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Gretel Hüfner, Elisabeth Friedrich und Maria Busch-Rotmar, sowie die Herren: Viktor Wagner, Robert Bräse, Carl Gebhardt-Hardt, Franz Ködel und Otto Kralik. Inszenierung: Oskar Lang. Musikalische Leitung: Feig Reiner. Bühnenbilder: Oskar Potopul. Feig Reiner. Anfang 7 1/2 Uhr.

